

Verteilungsbericht 2013

Trendwende noch nicht erreicht

Brigitte Unger, Reinhard Bispinck, Toralf Pusch, Eric Seils, Dorothee Spannagel

Die Lohneinkommen stagnieren, die Einkommensungleichheit wächst und damit nimmt auch das Armutsrisiko in der Bevölkerung immer mehr zu. Zu diesem Ergebnis kommt der WSI-Verteilungsbericht in seiner Analyse der Entwicklung seit Beginn der 1990er Jahre. Nach langen Jahren einer sinkenden Lohnquote zeigt die funktionelle Einkommensverteilung in der jüngsten Zeit eine Aufwärtsentwicklung der Arbeitseinkommen. Noch ist offen, ob sich diese Entwicklung stabilisieren wird. Bei der personellen Einkommensentwicklung weisen die realen Markteinkommen im unteren Bereich eine Stagnation, im oberen Bereich dagegen deutliche Steigerungen auf. Ein eindeutiger Trend hin zu einer ausgeglicheneren Verteilung in den letzten Jahren ist bei den haushaltsbezogenen Lohneinkommen nicht zu erkennen. Nach wie vor ist eine erhebliche Armutsgefährdung der Arbeitnehmerhaushalte zu konstatieren. Dabei ist das Armutsrisiko keineswegs nur auf wenige Branchen und besonders prekäre Beschäftigungsverhältnisse konzentriert. Die Analyse deutet auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Steigerung der Arbeitseinkommen ebenso hin wie auf weiteren Handlungsbedarf bei der sozialstaatlichen Begrenzung der Armutsgefährdung.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich	5
1.1 Gründe für die fallenden Lohnquoten	6
1.2 Zwei Muster der Lohnquotenentwicklung in Europa	7
1.3 Drei Entwicklungen der funktionellen Einkommensverteilung nach der Finanzkrise	8
2. Die funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland	10
2.1 Arbeitseinkommen, Gewinne, Lohnquote	10
2.2 Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen	12
2.3 Entwicklung in ausgewählten Branchen	14
3. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich	18
3.1 Verschiedene Ungleichheitsmaße: Gini und Atkinson	19
3.2 Die Rolle der Inflation	23
4. Die personelle Einkommensverteilung in Deutschland	25
4.1 Ausgangslage	25
4.2 Begrenzter Einfluss der Haushaltsstruktur auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit	29
4.3 Die Entwicklung der realen Markteinkommen: Stagnation bei den untersten 25%, deutliche Steigerungen bei den obersten 25%	33
4.4 Die Entwicklung der Lohneinkommen: kein eindeutiger Trend zu ausgeglichenerer Verteilung in den letzten Jahren	35
4.5 Nachlassende Vermögenseinkommen: Ein Erklärungsbeitrag zur sinkenden Ungleichheit im Zuge der Finanzkrise	36
4.6 Zur Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten in den Einkommens- klassen: Höhere Belastungen vor allem für mittlere Einkommen	37
4.7 Warum die unteren Quartile bei den Markteinkommen so stark verloren haben: einige Betrachtungen	40

5.	Die personelle Einkommensverteilung am unteren Rand – Armut im internationalen Vergleich.....	46
6.	Wachsende Arbeitsarmut und Beschäftigung in Deutschland.....	48
6.1	Ursachen der Arbeitsarmut.....	48
6.2	Durchschnittliche Nettoeinkommen und Armutsrisiko.....	48
6.3	Fallbeispiele: Wie geraten Arbeitnehmer in Armut?.....	51
	Fazit	55
	Anhang	56
	Methodische Probleme der SOEP-Daten: Warum das unterste und oberste Dezil wenig aussagekräftig sind	56
	Verbesserungsvorschläge für die Reichtumsforschung.....	58
	Abbildungen zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland.....	60
	Literatur	67

AutorInnen:

Einleitung sowie Kapitel 1, 3 und 5: Brigitte Unger,
Kapitel 2: Reinhard Bispinck, Kapitel 4: Toralf Pusch, Kapitel 6: Eric Seils,
SOEP-Methodenprobleme und Reichtumsforschung: Dorothee Spannagel.

Einleitung¹

Das WSI beschäftigt sich seit seiner Gründung vor 67 Jahren mit Fragen der Lohnentwicklung und insbesondere der funktionellen und personellen Einkommensverteilung, zunächst in Einzelveröffentlichungen und seit Anfang der 1990er Jahre in Form des regelmäßigen WSI-Verteilungsberichts.² In dem nun vorliegenden 24. WSI-Verteilungsbericht widmen wir uns im ersten Teil vor allem der Frage, ob es Deutschland gelungen ist, den internationalen Trend fallender Lohnquoten und zunehmender Einkommensungleichheiten umzudrehen. In Kapitel 1 zeigen wir die internationale Entwicklung der Lohnquoten seit 1980 und nach der Finanzkrise 2008. Kapitel 2 macht allerdings deutlich, dass Deutschlands Umkehr hin zu steigenden Lohnquoten seit dem Jahr 2007 keine reine Erfolgsstory ist. Eine Aufschlüsselung nach Gründen für diesen Anstieg lässt erkennen, dass es sich vorläufig um ein konjunkturelles Phänomen handelt. Um diese Entwicklung zu stabilisieren, müsste es gelingen, die Lohnentwicklung mindestens auf dem Pfad der produktivitätsorientierten Reallohnentwicklung zu halten.

In Kapitel 3 analysieren wir die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich und die Einkommensverteilung in Deutschland seit 1980 und nach der Finanzkrise. Auch hier zeichnet sich zunächst ein positives Bild ab: Die Ungleichheit der Einkommen scheint abgenommen zu haben, der Gini-Koeffizient, ein Maß für Ungleichheit, ist kleiner geworden. Deutschlands Einkommensverteilung hat sich aber seit der Finanzkrise verschlechtert, auch wenn der Gini-Koeffizient abgenommen hat. Wir zeigen, dass das Atkinson-Maß der Ungleichheit eine differenziertere Analyse als der Gini-Koeffizient erlaubt, weil es die unteren Randgruppen der Gesellschaft stärker gewichten kann und wohlfahrtstheoretische Betrachtungen erlaubt. Auch wenn der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit in Deutschland insgesamt misst, eine Verbesserung ausweist, lässt sich mit dem Atkinson-Maß für Deutschland belegen, dass die untersten Einkommensgruppen davon nicht oder kaum profitieren und die Polarisierung in Deutschland langfristig zunimmt.

¹ Wir danken Ekaterina Uglanova für die Aufbereitung der SOEP-Daten und unserem WSI Eucos PhD Daan van der Linde für das Erstellen der Grafiken. Wir danken auch Wilfried Altzinger, Pirmin Fessler, Markus Grabka, Loek Groot, Rainer Jung, Alfred Kleinknecht, Eva Munz sowie Johannes Steffen für zahlreiche wertvolle Hinweise bzw. tatkräftige Unterstützung bei der Datenbeschaffung und -analyse.

² Zu den ersten einschlägigen Veröffentlichungen gehört der berühmte Artikel von Viktor Agartz in den WWI-Mitteilungen im Jahr 1953 zur „Expansiven Lohnpolitik“. 1971 wurden die entsprechenden Forschungsaktivitäten des Instituts in einem Schwerpunkt „Verteilungsforschung und Gesellschaftspolitik“ zusammengefasst, 1980 erschien ein Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen „Lohnpolitik und Verteilung“, und 1991 wurde der erste WSI-Verteilungsbericht von Claus Schäfer „Zunehmende Schieflagen in der Einkommensverteilung: Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1990“ veröffentlicht.

Die Finanzkrise hat in vielen EU-Ländern nicht nur zu einer Verschlechterung der personellen Einkommensverteilung zu Marktpreisen oder der Verteilung der verfügbaren Einkommen geführt. Die Realeinkommen driften aufgrund der Unterschiedlichkeit der Inflationsraten, mit denen Arme und Reiche konfrontiert waren, noch stärker auseinander. Wie Fessler und Fritzer (2013) für Österreich zeigen, sind seit der Finanzkrise Arbeitslose, Rentner und Arbeitnehmer³ von steigender Inflation deutlich mehr betroffen als Bauern und Beamte. Das reale Auseinanderdriften der Einkommen wird mit einem allgemeinen Verbraucherindex deutlich unterschätzt. Eine Studie von UBS (2013) beschreibt die mit unterschiedlichen Warenkörben inflationskorrigierte Entwicklung der realen Haushaltseinkommen nach der Finanzkrise für verschiedene EU-Länder. Für Deutschland zeigt sich, dass das oberste Dezil Einkommenszuwächse erzielte, während die untersten zwei Dezile Realeinkommensverluste erlitten. Insgesamt haben sich Deutschlands Realeinkommen nach der Krise inflationsbedingt aber weniger drastisch entwickelt als etwa in den südlichen Ländern Europas, wo die untersten Dezile Realeinkommenseinbußen durch Lohnsenkungen und Inflation (Preissteigerungen vor allem bei Energie, Nahrungsmitteln und Wohnen) von insgesamt 40% hinnehmen mussten. In Deutschland sind die Realeinkommen der untersten Gruppen vor allem aufgrund von niedrigen Löhnen und nicht aufgrund von Inflation zurückgegangen.

Dass sich die Ungleichheit insgesamt in Deutschland (der Gini-Koeffizient) verbessert, die untersten Gruppen davon jedoch nicht oder kaum profitieren, wird in Kapitel 4 für Deutschland näher untersucht. Eine Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels SOEP zeigt, dass die Hauptgründe für diese ungewöhnliche Entwicklung der Verlust von Einkommen der obersten Einkommensbezieher durch nachlassende Finanzerträge sowie eine Stagnation bei den untersten Einkommen sind. Die Zunahme von Leiharbeit und Minijobs als (der weniger erfreuliche) Teil des deutschen „Beschäftigungswunders“ sind dafür verantwortlich. Besorgniserregend für die Zukunft ist zudem, dass die untersten Einkommensgruppen immer weniger sparen (können). Damit ist auch eine private Altersvorsorge kaum möglich.

Wir verwenden für unsere Studie internationale Statistiken der OECD und der EU, Daten des Sozio-oekonomischen Panels sowie eine Sonderauswertung des Mikrozensus und untersuchen die Einkommensverteilung von 1991 bis 2010, in manchen Teilen bis 2012.

Bei der Verwendung von SOEP-Daten sind vor allem Interpretationen des obersten und untersten Dezils nicht unproblematisch. Es besteht ein sogenannter Mittelschicht-bias, eine Verzerrung durch die Randgruppen. Dieser Bias ist auf eine Untererfassung von Einkommen an den Enden der Verteilung zurückzuführen. Dass monetäre Armut

³ Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird in dem Bericht nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

und Reichtum im SOEP unzureichend abgebildet werden, hat mehrere Gründe. Zum einen werden sehr arme bzw. sehr reiche Haushalte im SOEP generell kaum erfasst oder sind zumindest deutlich unterrepräsentiert (Obdachlose z.B. sind nicht im SOEP). Zum zweiten gibt es Haushalte, die zwar erfasst werden, ihre Einkommens- und Vermögensangaben aber nicht hinreichend valide angeben: Das unterste Dezil verfügt oft über unsichtbare Einkommen wie Mietbefreiung und unterschätzt daher sein Einkommen, das oberste Dezil vergisst häufig unsichtbare Einkommensteile wie z.B. ein Dienstauto und antwortet zögerlich auf Fragen nach dem Vermögen. In Österreich ging das Zögern sogar so weit, dass sich bei der gemeinsamen Erhebung der Notenbanken zum Haushaltsvermögen im Euroraum (dem Household Finance and Consumption Survey HFCS) praktisch niemand (!) ins oberste Dezil einordnete (s. Fessler et al. 2013). Wir geben einen methodischen Überblick über Stärken und Schwächen der SOEP-Daten und zeigen Möglichkeiten der besseren Erfassung des Einkommens und Vermögens der Reichen.

Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, haben wir die SOEP-Daten statistisch so bearbeitet, dass die störenden Randeckeffekte vermindert werden. Wir verwenden 20%- und 25%-Einkommensgruppen anstelle von Dezilen. Außerdem können die SOEP-Daten, da sie Stichprobendaten und damit Zufallsdaten sind, nicht punktgenau interpretiert werden. Die Aussagekraft der Daten muss seriöserweise getestet werden. Aus diesem Grund haben wir Konfidenzintervalle gebildet und lassen in den Abbildungen die Bandbreite sehen, innerhalb der die Daten schwanken können, um doch noch statistisch signifikante Aussagen zu liefern. Es wurde oft bemerkt (vgl. Peichl et al. 2012), dass die personellen Einkommensdaten verzerrt seien, weil sie die veränderte Haushaltsstruktur nicht berücksichtigen. Der Trend zu mehr Singles, kleineren Familien, alleinerziehenden Müttern etc. würde in den Berechnungen von Ungleichheitsmaßen nicht berücksichtigt werden. Diese Gruppen könnten nicht von Skaleneffekten der Großfamilie (geringere Pro-Kopf-Kosten durch gemeinsames Heizen im Wohnraum etc.) profitieren. Die Einkommensverteilung könnte sich aufgrund dieses Strukturproblems – und nicht aufgrund geringerer Einkommen – verschlechtern (oder verbessern). Wir haben daher die SOEP-Daten auch um Strukturveränderungen bereinigt. Auffallend ist, dass dieser Faktor insbesondere bei den verfügbaren Einkommen nur vergleichsweise wenig erklärt. Da jedoch 54% der Markteinkommensungleichheit strukturell bedingt ist, lässt die vergleichsweise geringe Strukturabhängigkeit der verfügbaren Einkommen doch auf eine positive Korrektur durch die Sozialpolitik schließen.

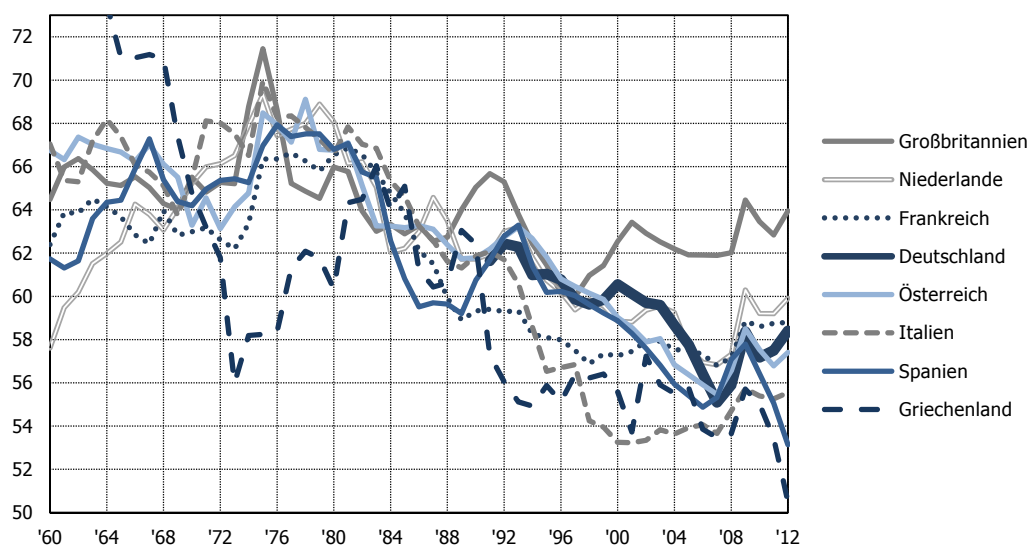
Im abschließenden Teil analysieren wir in Kapitel 5 die Entwicklung des Einkommens der untersten Dezile, d.h. jener Gruppe, die unter 60% des Medianeinkommens liegt: die Niedriglohnbezieher und Armen. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland nur im Mittelfeld, und der Trend zu mehr Armut hält an. Deutschland sieht sich zunehmend mit dem Problem der Working Poor konfrontiert. In Kapitel 6 stellen wir das Armutsgefährdungsrisiko nach Branchen dar. Der

Verteilungsbericht zeigt auch in mehreren Fallstudien, dass Vollzeitbeschäftigte in bestimmten Berufen, mit bestimmten Familiencharakteristika in West- und in Ostdeutschland in die Armut abrutschen. Zweifelsohne ist hier die Lohnpolitik, auch in Form einer staatlichen Mindestlohnfestsetzung, gefordert. Aber es wird zugleich offensichtlich, dass dies nur ein erster Schritt sein kann.

1. Die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich

In fast allen Volkswirtschaften sind die (bereinigten) Lohnquoten seit den 1980er Jahren drastisch gefallen, in den entwickelten OECD-Ländern im Durchschnitt um rund zehn Prozentpunkte. Wie die Abb. 1 zeigt, ist 2012 die Lohnquote am höchsten in Großbritannien mit 64% des BIP und am niedrigsten in Griechenland, wo sie unter 50% gerutscht ist. Verglichen mit den 1970er Jahren, als die Lohnquoten in vielen EU-Ländern um die 70% des BIP lagen, sind dies drastische Rückgänge.⁴ Die Reallohnentwicklungen sind damit deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurückgeblieben. In den EU-Ländern lässt sich dieser Trend jedenfalls allgemein deutlich feststellen. Seit den 1960er Jahren stiegen die Lohnquoten mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität deutlich an. Seit den 1980er Jahren war eine Trendumkehr zu verzeichnen, und die Lohnquoten in den EU-Ländern fielen zum Teil drastisch. Dementsprechend stieg die Gewinnquote, die ja ein Spiegelbild der Lohnquote ist.

Abb. 1: Bereinigte Lohnquoten (Entlohnung pro Beschäftigten in Prozent des BIP zu Marktpreisen pro Beschäftigtem)



Quelle: EU, AMECO 2013 http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/ResultSerie.cfm

⁴ Die Daten für Deutschland und für den internationalen Vergleich entstammen der AMECO-Datenbank der EU-Kommission. Eine präzisere Beschreibung der deutschen Lohnquote mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfolgt im nächsten Abschnitt, wobei sich die beiden Zeitreihen in ihrem Verlauf ähneln, das Niveau der Lohnquote jedoch unterschiedlich ausfällt.

Wir verwenden bereinigte (Brutto-)Lohnquoten, um Veränderungen in der Erwerbsstruktur auszuschalten. Seit den 1980er Jahren hat es Verschiebungen zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmern gegeben, die somit korrigiert werden. Trotzdem gibt es noch stets Überschneidungen. Zinseinkünfte, Einkünfte aus Dividenden, kalkulatorische Mieten für Eigenheime zählen zum Gewinneinkommen (s. Schwarz 2008), betreffen aber natürlich auch Arbeitnehmer, die Vermögen haben. Umgekehrt zählen Bonuszahlungen an Topmanager zu den Löhnen, was vor allem in Großbritannien große Auswirkungen auf die Lohnquote hat, denn dabei handelt es sich um Zahlungen, die man eigentlich bei den Gewinnen erwarten würde. Außerdem werden die Gewinne der Unternehmungen nur als Residualgröße in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst, woraus oft eine Unterschätzung der Gewinneinkommen resultiert (Schäfer 2004). Die Gewinne schwanken auch stärker im Konjunkturverlauf, wodurch es dementsprechend zu einer Schwankung der Lohnquote kommt, die ja in Prozent des BIP (bei internationalen Statistiken häufig verwendet) bzw. des Volkseinkommens (in der deutschen Statistik) berechnet wird. Die Löhne sind jedenfalls der stabilere Teil der beiden Einkommensfaktoren.

Die Lohnquote kann sich verändern, wenn sich der Zähler, die Entlohnung der Beschäftigten, ändert – aber auch, wenn sich der Nenner, das Bruttoinlandsprodukt, ändert. Eine fallende Lohnquote kann daher kurzfristig auch konjunkturell bedingt sein. Langfristig werden die folgenden Gründe für fallende Lohnquoten gegeben.

1.1 Gründe für die fallenden Lohnquoten

Für die langfristig fallenden Lohnquoten gibt es in der Literatur verschiedene Erklärungsansätze: erstens das neoklassische Argument, wonach **technischer Fortschritt** die Einkommensverteilung bestimmt. Der technologische Fortschritt habe das Verhältnis von Kapital zu Arbeit zugunsten des Kapitals erhöht. Da mehr Kapital und weniger Arbeit benötigt werden, sinke die Lohnquote. Befürworter der neoklassischen Argumentation sind unter anderem der Internationale Währungsfonds und die Europäische Kommission, die technischen Fortschritt als Hauptgrund für die sinkenden Lohnquoten ansehen (s. IMF 2007 und EU 2007). Eine zweite Erklärung für fallende Lohnquoten in entwickelten Ländern ist die **Globalisierung**, die sich sowohl in einer Zunahme des internationalen Handels als auch in zunehmender Mobilität von Kapital und Arbeit äußern kann. Gemäß der neoklassischen Handelstheorie profitiert der Faktor, der im Überfluss vorhanden ist, vom **internationalen Handel**. Dies sei Kapital in den entwickelten Ländern und Arbeit in den Entwicklungsländern. Samuelson und Stolper zeigten in ihrem Modell 1941, dass internationaler Handel notwendigerweise den Reallohn des knappen Faktors (Arbeit) in Gütern ausgedrückt senkt (Stolper/Samuelson 1941). Gemäß dieser Theorie (dem Stolper-Samuelson-Theorem) müssten die Lohnquoten in entwickelten Ländern fallen.

Sowohl IMF (2007) als auch EU (2007) sehen auch im internationalen Handel einen wichtigen Grund für fallende Lohnquoten. Wie Stockhammer (ILO 2013) zeigt, lassen sich aber keine steigenden Lohnquoten in den Entwicklungsländern feststellen, was diese Theorie dann doch wenig überzeugend erscheinen lässt.

Globalisierung kann sowohl durch Handel (Mobilität von Gütern) als auch durch Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in Erscheinung treten. Da **Kapital mobiler als Arbeit** ist, kann es durch Auslagerungsdrohung und Abzug in Niedriglohnländer seine Verhandlungsposition stärken und die Löhne drücken, was ebenfalls zu einer fallenden Lohnquote beitragen kann (s. Unger/Van Waarden 1995). Ein dritter Grund für fallende Lohnquoten ist die **Finanzialisierung**, im Sinne einer zunehmenden Rolle von Finanzaktivitäten und einer Dominanz von Finanzinstitutionen. Durch Finanzialisierung haben Firmen mehr Investitionsmöglichkeiten bekommen. Sie können sowohl real als auch in Finanzanlagen investieren, und sie können dies sowohl national als auch international tun. Der reale Sektor ist als Folge dieser neuen Konkurrenz und Drohung von Alternativveranlagungen oft gezwungen, drastische Kosteneinsparungen vorzunehmen, auch bei den Löhnen. Eine vierte Erklärung für fallende Lohnquoten sind **wohlfahrtsstaatliche Einsparungsmaßnahmen**, die zu einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und einer Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führen.

Eine jüngst veröffentlichte Studie der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf (ILO 2013) testet mit ILO/IILS-Paneldaten für 71 Länder zwischen 1970 und 2007 die oben genannten Gründe für die fallenden Lohnquoten und kommt zu dem Ergebnis, dass Finanzialisierung – also die Dominanz des Wirtschaftsgeschehens durch Finanzmärkte – der Hauptgrund für die fallenden Lohnquoten ist. Finanzialisierung erklärt gemäß dieser Panelstudie 3,3 Prozentpunkte des Rückgangs der Lohnquoten, wohlfahrtsstaatliche Einsparungen erklären 1,9 Prozentpunkte, Globalisierung 1,3 Prozentpunkte und technologischer Wandel nur 0,7 Prozentpunkte.

1.2 Zwei Muster der Lohnquotenentwicklung in Europa

Es lassen sich aber trotz des generellen Trends der sinkenden Lohnquoten doch auch länderspezifische Unterschiede feststellen. Den angelsächsischen Ländern gelang es, die Lohnquoten relativ hochzuhalten und nur ein mäßiges Sinken der Lohnquoten, um 1,5 Prozentpunkte, seit 1980 hinzunehmen. Die Lohnquote von Großbritannien belief sich 2012 auf 63,95% des BIP und ist damit die höchste innerhalb der EU-Länder (der EU-Durchschnitt lag 2012 bei 58%). Diese relativ günstige Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung war allerdings mit einer scharfen Polarisierung der persönlichen Einkommensverteilung verbunden. Vor allem die Spitzeneinkommen (der Einkommensanteil der Top 10%, 5% oder 1%) sind drastisch angestiegen, was in erster Linie auf die hohen Topmanagergehälter bei den Finanzdienstleistungen

zurückzuführen ist. Außerhalb Europas, in den USA, ging die Polarisierung sogar so weit, dass das Top 1% der Reichsten ihren Anteil am Volkseinkommen um mehr als zehn Prozentpunkte erhöhen konnten (s. Atkinson et al. 2011). Das bedeutet, dass die hohen Spitzeneinkommen und Managerboni aus dem Finanzsektor das durchschnittliche Lohneinkommen und damit den Anteil der Löhne am Volkseinkommen in die Höhe gezogen und somit einen Fall der Lohnquote verhindert haben, während die Niedrigeinkommensbezieher einen deutlichen Verlust an Einkommen und Kaufkraft erlitten.

Die kontinentaleuropäischen Länder verzeichneten wesentlich drastischere Einbußen der Lohnquoten. In der Eurozone sanken die Lohnquoten um rund zehn Prozentpunkte. Dies ging allerdings mit einer geringeren Verschlechterung der personellen Einkommensverteilung einher. Die personelle Einkommensverteilung blieb bis Mitte der 1990er Jahre in Deutschland ziemlich konstant, bevor die untersten Dezile zurückblieben. In Frankreich wurde die personelle Einkommensverteilung sogar ausgeglichener. In den kontinentaleuropäischen Ländern ist also der Einkommensverlust der Arbeitnehmer etwas egalitärer erfolgt als in den angelsächsischen Ländern. Aber in beiden Gruppen sind es vor allem die Nicht-Manager-Löhne und Gehälter, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt deutlich zurückgegangen ist (ILO 2013). Würde man die Managerboni zu den Gewinnen rechnen – und es ist ja fraglich, inwieweit diese als Löhne zu interpretieren sind –, wäre die britische Lohnquote deutlich niedriger und auch die kontinentaleuropäischen Lohnquoten sähen noch bescheidener aus.

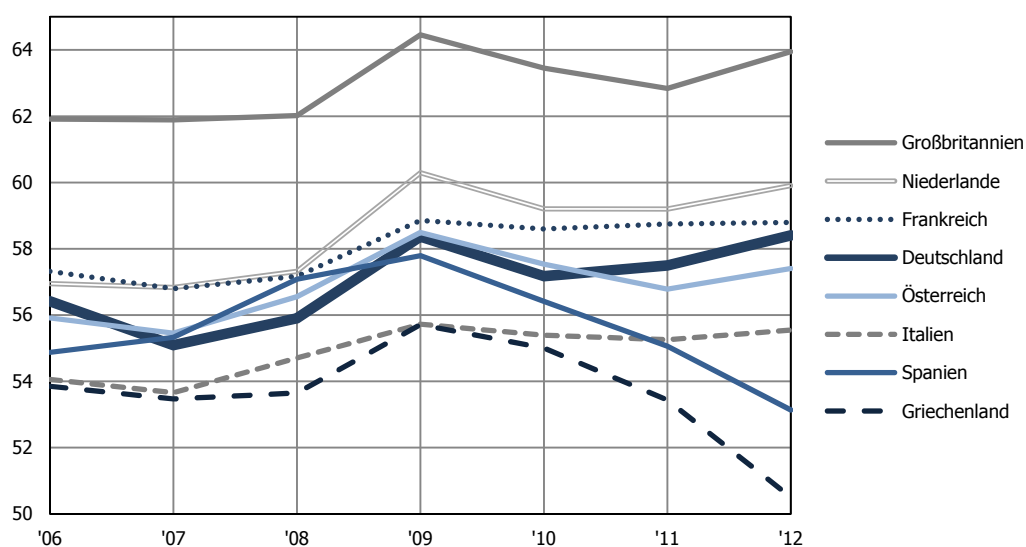
1.3 Drei Entwicklungen der funktionellen Einkommensverteilung nach der Finanzkrise

Unmittelbar nach der Finanzkrise stieg die Lohnquote, weil die krisenbedingte Kompression der Gewinn- und Vermögenseinkommen die Gewinnquote senkte. Danach lassen sich in den EU-Ländern zunächst ein Absinken, dann aber doch drei sehr verschiedene Entwicklungen der Lohnquoten erkennen. Es gibt viele Länder, in denen die Lohnquote 2012 im Vergleich zu 2009 sank.

Zur Gruppe der **Länder mit sinkender Lohnquote** nach der Krise gehören die Niederlande, Großbritannien, Österreich (s. Abb. 2) und Dänemark. Drastische Lohnquotensenkungen erfuhren aber vor allem die baltischen Ländern Estland, Litauen, Lettland, wo die Lohnquote innerhalb von drei Jahren um bis zu acht Prozentpunkte zurückging, und fast ebenso drastisch die Südländer Griechenland, Zypern, Spanien und Portugal, wo die Lohnquote um rund fünf Prozentpunkte sank (einige dieser Länder sind in der Abb. 2 zu sehen). Diese erste Gruppe ist die größte innerhalb

Europas.⁵ Es gibt die **zweite Gruppe von Ländern**, in denen die Lohnquote zwischen 2009 und 2012 ziemlich **konstant** blieb, wie Frankreich und Italien (s. Abb. 2), aber auch Belgien. Nur wenige Staaten zählen zur **dritten Gruppe** derjenigen Länder, in denen die **Lohnquote stieg**: Island, dessen Lohnquoten sich nach ihrem drastischen Absturz zuvor leicht erholten, sowie die Tschechische Republik und Deutschland. Unter den größeren kontinentaleuropäischen Länder ist Deutschland mit seiner ganz leicht steigenden Lohnquote eine Besonderheit. Die Lohnquote stieg laut EU-AMECO-Daten allerdings nur im Nachkommabereich, ein deutlicher Anstieg wird aber für 2013 und 2014 prognostiziert. In unserem Teil über die deutsche funktionelle Einkommensverteilung, wo wir das Volkseinkommen und nicht das BIP als Nenner verwenden, lässt sich das Ansteigen der deutschen Lohnquote nach der Krise auch 2012 deutlicher erkennen. Ob Deutschland damit eine Trendumkehr glückt oder ob es sich nur um einen Konjunkturausschlag handelt, wird im folgenden Teil behandelt.

Abb. 2: Bereinigte Lohnquoten (Entlohnung pro Beschäftigtem in Prozent des BIP zu Marktpreisen pro Beschäftigtem), 2006-2012



Quelle: EU, AMECO 2013 http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/ResultSerie.cfm

⁵ Auch die USA, deren Lohnquote um zwei Prozentpunkte von 60% auf 58% fiel, gehört in die Gruppe mit sinkenden Lohnquoten.

2. Die funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland

Die funktionelle Einkommensverteilung wird maßgeblich durch die Entwicklung der Arbeitseinkommen bzw. der Unternehmensgewinne und deren Triebkräfte bestimmt. Der analytische Blick richtet sich dabei zunächst auf die Arbeitseinkommen, weil sich diese nicht hinter dem Rücken der Akteure nur durch anonymes Marktgeschehen bilden, sondern – zumindest teilweise – auch Gegenstand expliziter Aushandlungsprozesse insbesondere in Form von Tarifverhandlungen sind. Im Folgenden werden nicht nur die Entwicklungen der aggregierten Arbeits- und Kapitaleinkommen skizziert, sondern auch die Unterschiede auf der Ebene von Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen thematisiert.

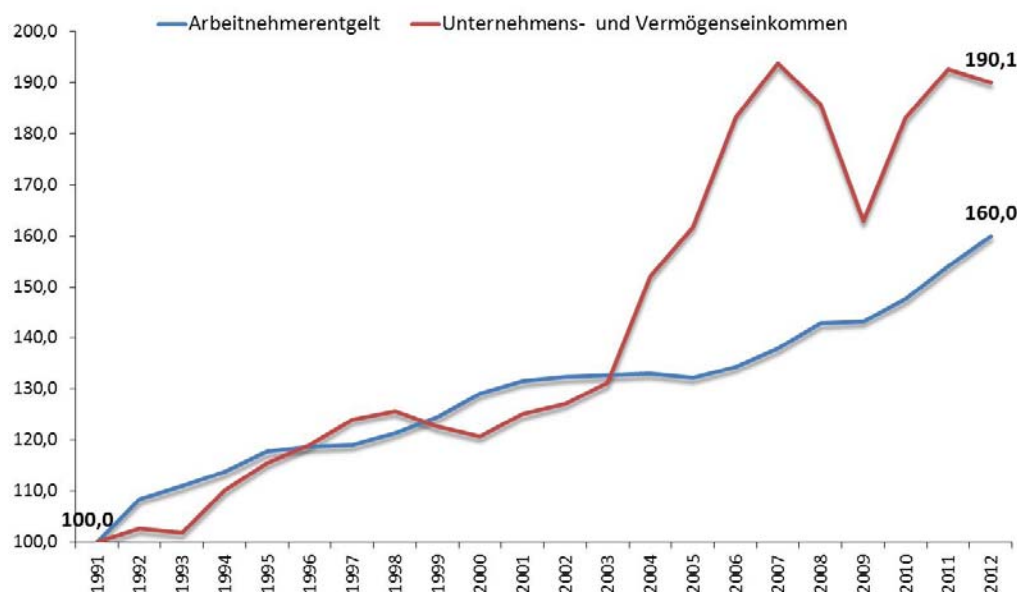
2.1 Arbeitseinkommen, Gewinne, Lohnquote

Die Entwicklung der Arbeitseinkommen einerseits und der Gewinn- und Vermögenseinkommen andererseits verlief in Deutschland von Beginn der 1990er Jahre bis zum Beginn der 2000er Jahre weitgehend parallel. Danach klaffte die Schere immer weiter auseinander. Von 2003 bis 2008 wuchsen die Gewinn- und Vermögenseinkommen mit einem Plus von rund 42% um ein Mehrfaches stärker als die Arbeitseinkommen mit einer Steigerung von rund 8% (s. Abb. 3).

Der Kriseneinbruch 2008/2009 veränderte das Bild zumindest vorübergehend. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen fielen um rund 30 Punkte, erreichten aber bereits 2011 nahezu wieder das Vorkrisenniveau. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme blieb während des Krisenjahres 2009 weitgehend stabil und stieg in den folgenden drei Jahren immerhin um knapp 12%. Auch im 1. Halbjahr 2013 hielt diese positive Entwicklung an.

Die Entwicklung der Arbeitseinkommen wird bestimmt von (1) der gestiegenen Zahl der im Inland beschäftigten Arbeitnehmer, (2) dem Anstieg der Bruttoverdienste je Beschäftigten sowie (3) der Entwicklung der pro Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden. Angesichts der insgesamt sehr moderaten Verbraucherpreisentwicklung folgte daraus von 2010 bis 2012 ein begrenzter Anstieg der realen Bruttoverdienste je Arbeitnehmer von rund 2,8%.

Abb. 3: Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, 1991-2012 (1991 = 100)



Quelle: destatis, VGR, eigene Berechnungen

Aus dem Verhältnis von Arbeitseinkommen einerseits sowie Gewinn- und Vermögenseinkommen andererseits resultiert die Entwicklung der Lohnquote. Solange die Steigerung der realen Arbeitseinkommen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität entspricht, bleibt die Lohnquote konstant. Fallen die Reallöhne im Anstieg hinter das Produktivitätswachstum zurück und wird damit der verteilungsneutrale Spielraum nicht ausgeschöpft, sinkt die Lohnquote.

Langfristig zeigt sich in Deutschland – wie oben bereits anhand von AMECO-Daten belegt – ein sinkender Trend der Lohnquote⁶ (s. Abb. 4). Auf Basis der Einkommensdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird deutlich, dass die (um Veränderungen der Beschäftigtenstruktur) bereinigte Lohnquote von ihrem Höchststand von knapp 78% Mitte der 1980er Jahre auf rund 68% im Jahr 2012 gesunken ist.

Am aktuellen Rand zeigt sich demgegenüber folgendes Bild: Die krisenbedingte Kompression der Gewinn- und Vermögenseinkommen vor allem im Jahr 2009 war nicht von Dauer, bereits 2010 war ein kräftiger Anstieg zu verzeichnen. Aber immer-

⁶ Während in der EU-AMECO-Datenbank die Lohnquote als Anteil des BIP ausgewiesen wird, verwenden wir im Folgenden die Relation zum Volkseinkommen. Das Niveau der Lohnquote fällt dadurch höher aus, weil im Volkseinkommen die Abschreibungen nicht enthalten sind, die Entwicklung der beiden Größen verläuft jedoch weitgehend parallel.

hin ergibt sich für den Zeitraum von 2007 bis 2012 ein Anstieg der Lohnquote um 5,6 Prozentpunkte. Der kräftige Rückgang in den 2000er Jahren konnte so jedoch nicht ausgeglichen werden. Damit stellt sich Frage nach dem konkreten Verlauf der Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen.

Abb. 4: Bereinigte Lohnquote, 1970-2012
(Anteil des Arbeitnehmereinkommens am Volkseinkommen in Prozent)



Quelle: destatis, VGR, eigene Berechnungen

2.2 Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen

Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in Deutschland wird immer noch maßgeblich durch Tarifverträge bestimmt. Allerdings hat deren Bedeutung spürbar abgenommen, da die Tarifbindung in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren von rund 75% auf 58% der Beschäftigten (2012) zurückgegangen ist. Die rückläufige Tarifbindung vermindert insgesamt die Prägekraft und Ausstrahlung der tarifvertragsgestützten Lohnentwicklung.⁷

Betrachtet man zunächst die tarifliche Einkommensentwicklung, dann zeigt sich für die vergangenen zwölf Jahre (2000-2012) ein Anstieg der nominalen tariflichen Grundvergütungen in der Gesamtwirtschaft um rund 30%. Das entspricht einer

⁷ Zwar geht von den Tarifverträgen auch eine gewisse Orientierungswirkung auf die nicht tarifgebundenen Unternehmen aus (Ellguth/Kohaut 2012), das bedeutet aber keineswegs eine regelkonforme Anwendung der Tarifverträge in diesen Betrieben.

jahresdurchschnittlichen Steigerung von rund 2,5% (s. Abb. 5). Preisbereinigt ergibt sich für diesen Zeitraum eine reale Tarifsteigerung von 6,8%, jahresdurchschnittlich sind dies bescheidene 0,6%.

Die Entwicklung der *tatsächlich* gezahlten Arbeitnehmereinkommen (Effektiveinkommen) blieb in diesem Zeitraum noch deutlich dahinter zurück. Die Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer stiegen ausweislich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im gleichen Zeitraum nominal um knapp 20%, preisbereinigt sind sie sogar gesunken und lagen 2012 real um knapp 2% unter dem Niveau des Jahres 2000.

Eine der Ursachen für diese negative Lohndrift ist zweifelsohne die genannte rückläufige Tarifbindung verbunden mit der teilweise erheblichen Nutzung tariflicher Öffnungsklauseln, was dazu geführt hat, dass die Tarifabschlüsse nur in Teilen der Wirtschaft in vollem Umfang bei den Beschäftigten angekommen sind. Weitere Faktoren sind darüber hinaus die veränderten Belegschaftsstrukturen aufgrund des wachsenden Anteils von Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten sowie durch befristete Arbeitszeitverkürzung, die beispielsweise während der Krise 2008/2009 von großer Bedeutung war (Herzog-Stein/Lindner/Sturn 2013).

Abb. 5: Tarif- und Effektivlöhne in der Gesamtwirtschaft, 2000-2012

Jahr	Preise+Produktivität	Tarif	Effektiv	Produktivität	Tarif real	Effektiv real
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	105,0	103,0	102,0	101,0	101,0	100,0
2002	108,0	106,0	105,0	103,0	102,0	100,0
2003	110,0	108,0	106,0	105,0	103,0	99,0
2004	112,0	110,0	107,0	107,0	103,0	98,0
2005	115,0	112,0	108,0	108,0	103,0	97,0
2006	120,0	115,0	110,0	112,0	103,0	96,0
2007	125,0	118,0	112,0	113,0	103,0	95,0
2008	128,0	120,0	113,0	113,0	103,0	95,0
2009	125,0	122,0	110,0	111,0	105,0	95,0
2010	130,0	125,0	115,0	113,0	106,0	96,0
2011	135,0	128,0	118,0	114,0	106,0	97,0
2012	138,9	130,1	119,7	114,4	106,8	98,3

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Destatis (VGR)

Am aktuellen Rand hat sich die Entwicklung bei den Effektiveinkommen erkennbar verbessert. In den vergangenen drei Jahren lag der Anstieg der Bruttomonats-einkommen je Beschäftigten jeweils über dem Preisanstieg. Auch der Trend der negativen Lohndrift hat sich gedreht: Seit 2010 stiegen die Effektiveinkommen pro Kopf stärker als die Tarifeinkommen. Diese Entwicklung dürfte vor allem auf die Ausweitung des Arbeitszeitvolumens je Beschäftigten zurückzuführen sein; das gilt insbesondere für das erste Nachkrisenjahr 2010.

Mit Blick auf den Verteilungsspielraum ergibt sich ein ernüchterndes Bild: Definiert man den neutralen Verteilungsspielraum als Summe aus dem Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Steigerung der Arbeitsproduktivität je Stunde, dann ist er im Beobachtungszeitraum um 38,9% gestiegen, der Anstieg der Tarifentgelte ist mit 30,1% um knapp acht Prozentpunkte darunter geblieben. Misst man die nominale Effektivlohnentwicklung am Verteilungsspielraum, ergibt sich ein Rückstand von gut 19 Prozentpunkten. Noch deutlich größer fällt der Rückstand auf den modifizierten Verteilungsspielraum (Zielinflationsrate der EZB plus Trendproduktivität) aus.

Im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft wurde die Zielgröße einer produktivitätsorientierten Reallohnentwicklung für die Tarif- wie die Effektiveinkommen nicht erreicht. Die Ursachen für die gedämpfte Lohnentwicklung dürften auf verschiedenen Feldern zu suchen sein: (1) Die Prägekraft der Tarifabschlüsse für die effektive Einkommensentwicklung hat in den vergangenen 20 Jahren aufgrund der Erosion des Tarifsystems, insbesondere des kräftigen Rückgangs der Tarifbindung, deutlich abgenommen. (2) Die politische Deregulierung des Arbeitsmarktes (u.a. Minijobs, Leiharbeit, Zumutbarkeitskriterien) hat auf die Einkommensentwicklung durchgeschlagen. (3) Der anhaltende Mitgliederschwund der Gewerkschaften hat das organisations- und tarifpolitische Durchsetzungsvermögen in vielen Branchen und Tarifbereichen nachhaltig geschwächt.

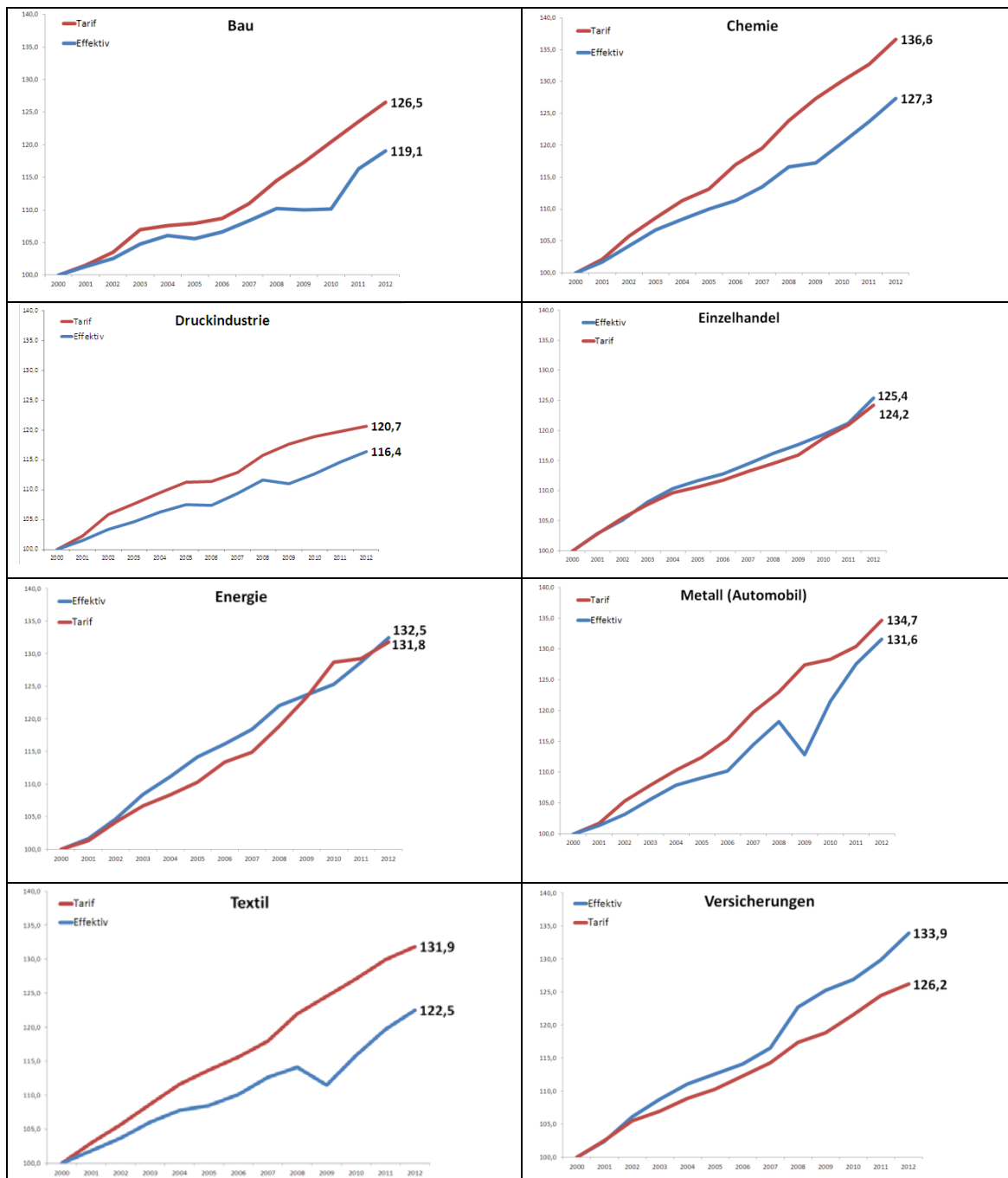
2.3 Entwicklung in ausgewählten Branchen

Hinter der durchschnittlichen Entwicklung auf der Ebene Gesamtwirtschaft verbirgt sich eine enorme sektorale Differenzierung. Die Tarif- und Effektiveinkommensentwicklung verlief in den Branchen sehr unterschiedlich (s. Abb. 6 und Box 1 „Tarif- und Effektiveinkommen“). Während vor allem die exportorientierten Industriebranchen eine überdurchschnittliche Einkommensentwicklung vorweisen können, blieb diese im privaten wie öffentlichen Dienstleistungssektor deutlich dahinter zurück. Auch das Verhältnis der Tarif- zur Effektiveinkommensentwicklung fällt je nach Branche unterschiedlich aus:

- Die Metall- und Elektroindustrie und auch die chemische Industrie weisen im Beobachtungszeitraum die höchsten Tarifsteigerungen auf. In beiden Wirtschaftszweigen bleiben die Effektiveinkommen in ihrer Entwicklung im Ergebnis deutlich hinter den Tarifeinkommen zurück.

- In der **Metallindustrie** (Automobilindustrie) zeigt sich die Auswirkung der Wirtschaftskrise bei den Bruttomonatsverdiensten in exemplarischer Weise: Dem extrem scharfen Einschnitt im Jahr 2009 folgt ein sehr kräftiger Anstieg in den Jahren 2010 und 2011. Im vergangenen Jahr lag dagegen die überdurchschnittliche Steigerung der Tarifverdienste wieder etwas über dem Zuwachs bei den Effektivverdiensten.
- In der **chemischen Industrie** blieben die Effektiveinkommen selbst im Krisenjahr stabil. Eine nennenswerte positive Lohndrift ist anders als in der Metallindustrie nicht zu beobachten.
- Deutliche Kriseneffekte bei den tatsächlich gezahlten Einkommen lassen sich auch im **Baugewerbe** (Hochbau), in der **Druckindustrie** und in der **Textilindustrie** beobachten. In diesen Branchen blieb die Entwicklung der Effektiveinkommen auf den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet deutlich hinter den Tarifeinkommen zurück, allerdings auch hier mit einer Tendenz zu einer positiven Lohndrift in den letzten Jahren.
- Ein abweichendes Bild bietet der **Einzelhandel**: Die Tarif- und Effektiveinkommen entwickelten sich von 2000 bis 2012 weitgehend parallel. Die Einkommensentwicklung fiel insgesamt sehr moderat aus. Die Tarifentwicklung überstieg die Preisentwicklung nur sehr geringfügig.
- Im **Energiesektor** verlief die Entwicklung auf deutlich höherem Niveau ähnlich. Die positive Lohndrift im Zeitraum bis etwa 2005 kehrte sich in den Krisenjahren vorübergehend um, setzte danach aber wieder ein.
- Ein gänzlich untypisches Bild bietet die **Versicherungsbranche**. Die Effektiveinkommen stiegen in den zwölf Beobachtungsjahren unter dem Strich deutlich kräftiger als die Tarifeinkommen. Erstaunlicherweise gilt dies auch und gerade in den Krisenjahren 2008/09 und hängt möglicherweise mit dem time lag bei den branchenspezifischen Bonuszahlungen zusammen.

Abb. 6: Tarif- und Effektivlohnentwicklung in ausgewählten Branchen, 2000-2012 (2000 = 100)



Quelle: WSI-Tarifarchiv, destatis (Verdienststatistik)

Box 1: Tarif- und Effektivemkommen

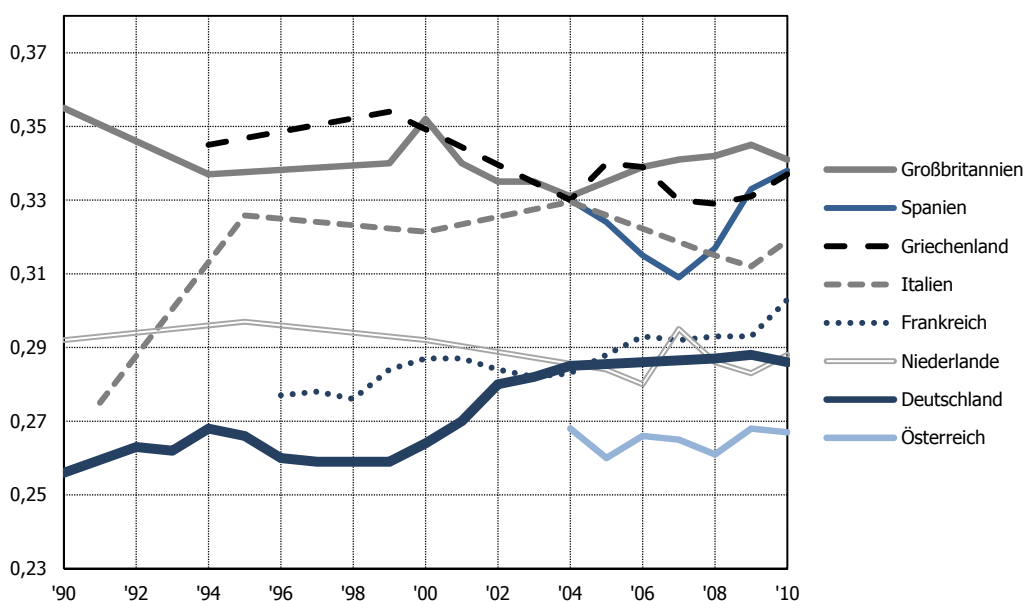
Die Daten zur Entwicklung der Tarifeinkommen basieren auf der Tarifstatistik des WSI-Tarifarchivs. Berücksichtigt werden darin alle bekannten Tarifabschlüsse der DGB-Gewerkschaften in Branchen und Tarifbereichen mit mindestens 1.000 (500) Beschäftigten in West-(Ost-)Deutschland sowie ausgewählte Firmentarifverträge. Die Daten zu den Effektivemkommen (tatsächlich gezahlte Einkommen) basieren für die Gesamtwirtschaft auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie weist Höhe und Entwicklung der monatlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer aus.

Für die einzelnen Branchen/Wirtschaftszweige wird auf die laufende Verdienststatistik zurückgegriffen (destatis: Fachserie 16 Reihe 2.4). Sie bietet Informationen zu den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Betrieben ab fünf bzw. zehn Beschäftigten. Für manche Branchen, wie z.B. den Einzelhandel mit einem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten, schränkt dies die Aussagekraft ein. Bei der Interpretation der Daten ist ferner zu berücksichtigen, dass die Abgrenzungen der Tarifbereiche und der Wirtschaftszweige in der amtlichen Statistik nicht deckungsgleich sind. Bei der Analyse der Effektivverdienste wurden folgende Branchen berücksichtigt: C13 Herstellung von Textilien, C18 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern, C20 Herstellung chemischer Erzeugnisse, C29 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, D Energieversorgung, F41 Hochbau, G 47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen), K65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung).

3. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich

Die personelle Einkommensungleichheit hat in den meisten europäischen Ländern seit den 1980er Jahren zugenommen. Laut OECD (2008) hat die Einkommensungleichheit von Mitte der 1990er Jahre bis 2005 in Deutschland stärker zugenommen als in den anderen OECD-Ländern. 2010 erreicht der deutsche Gini mit 0,29 denselben Wert wie 2005. Deutschland liegt bezüglich des Ausmaßes der Ungleichverteilung damit im internationalen Vergleich schlechter als die nordischen Länder (s. z.B. Dänemark mit einem Gini-Koeffizienten von 0,24), aber besser als die östlichen (z.B. Polen mit 0,30) und die südlichen Länder (z.B. Griechenland mit 0,33). Es steht deutlich besser da als die angelsächsischen Länder (z.B. Großbritannien mit 0,34 und die USA im Spitzenfeld der Ungleichheit mit 0,38).

Abb. 7: Der Gini-Koeffizient des verfügbaren Einkommens, nach Steuern und Transfers, 1990-2010

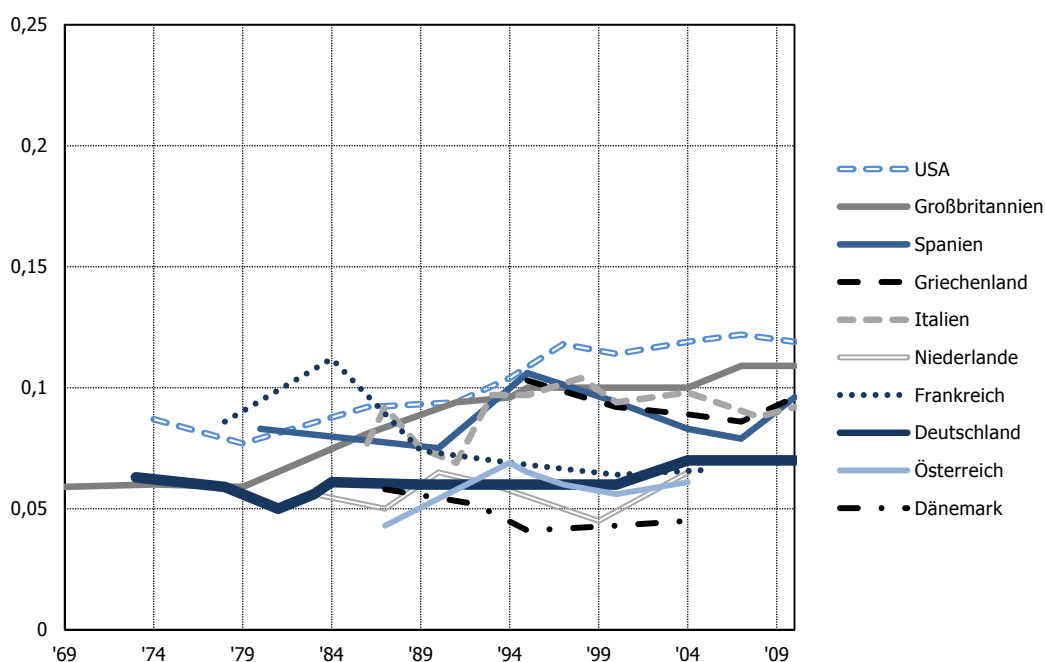


Quelle: OECD.Stat (2013). Gini (at disposable income, post taxes and transfers). Dataset: Income Distribution and Poverty. <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=46022>

3.1 Verschiedene Ungleichheitsmaße: Gini und Atkinson

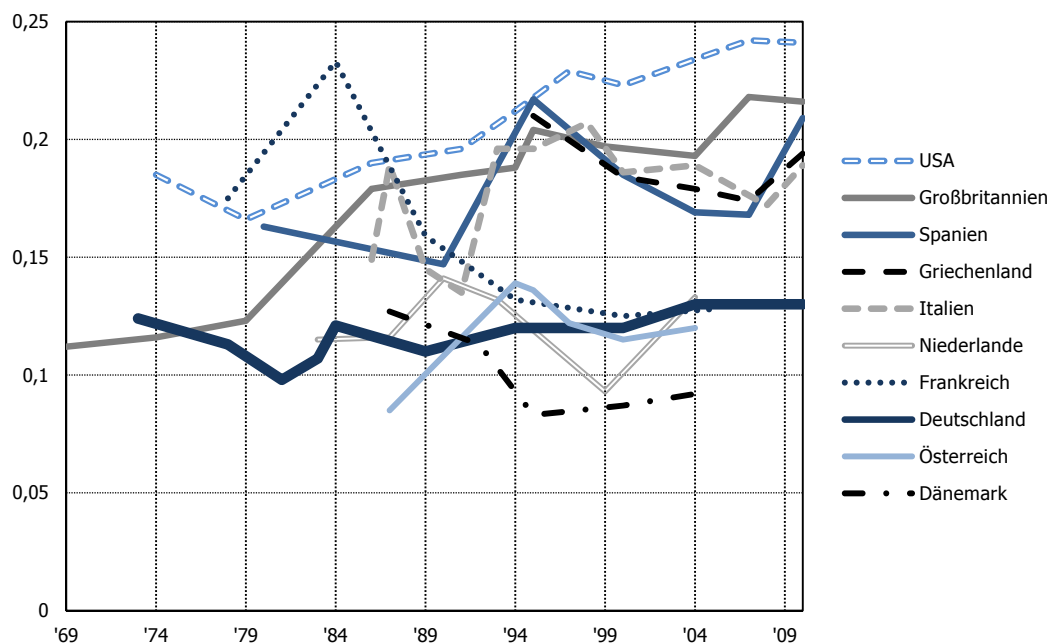
Vergleicht man gängige Maße für die Einkommensverteilung, wie den Gini-Koeffizienten oder das Atkinson-Maß, aus verschiedenen Datenquellen berechnet, so ergibt sich doch ein recht einheitliches Bild: Die personelle Einkommensverteilung ist seit den 1980er Jahren ungleicher geworden. Die Schwäche des Gini-Koeffizienten ist es, dass er zwischen verschiedenen Formen und Verteilungen der Ungleichheit nicht unterscheiden kann. Der Gini-Koeffizient reagiert stark auf Veränderungen im mittleren Einkommensspektrum, aber wenig auf Veränderungen der vor allem unteren Randgruppen (de Maio 2007). Gerade bei Einkommenspolarisierungen kann der Gini-Koeffizient daher oft irreführend sein. Das Maß von Atkinson erlaubt es, normative Bewertungen von Ungleichheit explizit in die Analyse einfließen zu lassen und den Abstand der tatsächlichen zur gewünschten Einkommensverteilung zu messen.

Abb. 8: Atkinson-Maß für Ungleichheit, wenn eine Gesellschaft die Effizienz hoch und Verteilung sehr niedrig wertet ($\epsilon=0.5$)



Quelle: LIS (2013), eigene Berechnungen LIS (2013). Inequality and Poverty Key Figures.
<http://www.lisdatacenter.org/lis-ikf-webapp/app/search-ikf-figures>

Abb. 9: Atkinson-Maß für Ungleichheit, wenn eine Gesellschaft eine höhere Abneigung gegen Ungleichheit hat ($\epsilon=1$)



Quelle: LIS (2013), Inequality and Poverty Key Figures. <http://www.lisdatacenter.org/lis-ikf-webapp/app/search-ikf-figures> und eigene Berechnungen, fehlende Daten wurden linear extrapoliert

Bei einer mittleren Toleranz von Ungleichheit (Ungleichheitsaversion von 1) hätten 0,1 (d.h. 10%) des dänischen, 0,13 (d.h. 13%) des deutschen Einkommens, und 0,24 (d.h. 24%) des amerikanischen Einkommens bei einer verbesserten Umverteilung weniger erwirtschaftet werden müssen, um dieselbe soziale Wohlfahrt zu erzielen.

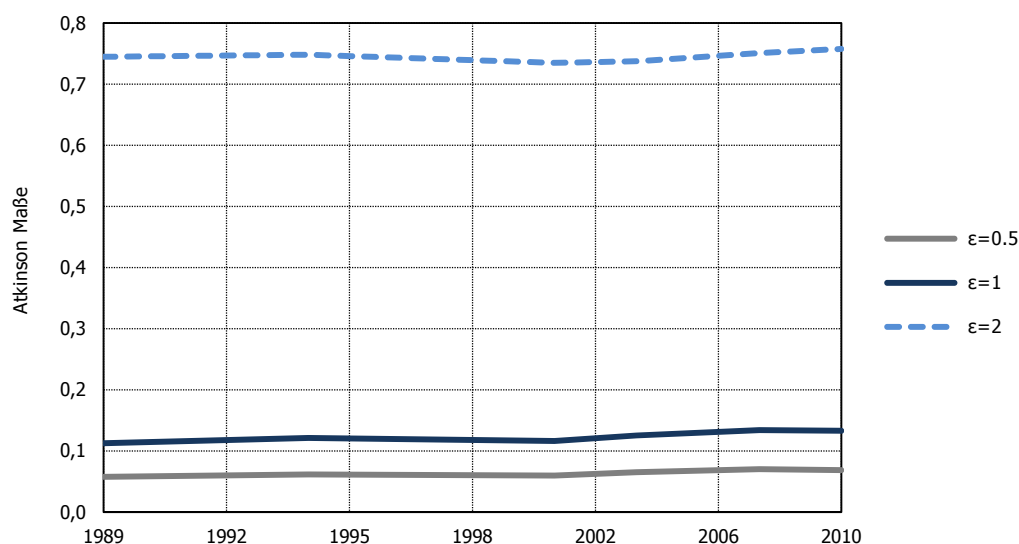
Tabelle 2: Atkinson-Maße für Deutschland mit unterschiedlicher Bewertung von Ungleichheit (von niedriger nach hoher Ungleichheitsaversion)

	1989	1994	2000	2004	2007	2010
$\epsilon = 0,5$	0,06	0,06	0,06	0,07	0,07	0,07
$\epsilon = 1$	0,11	0,12	0,12	0,13	0,13	0,13
$\epsilon = 2$	0,75	0,75	0,74	0,74	0,75	0,76

Source: LIS (2013), eigene Berechnungen

In der Periode 2007-2010 hätte man – je nach Gerechtigkeitsempfinden ($\epsilon=0,5$ oder 1) zwischen 7% und 13% des BIP (im Extremfall $\epsilon=2$ sogar 76% des BIP) weniger produzieren müssen, wenn man es nur gleicher verteilt hätte, um dieselbe Wohlfahrt zu erreichen wie Deutschland sie heute hat. Die Ungleichverteilung bedeutet also einen Wohlfahrtsverlust von zwischen 7% und 13% des BIP (im Extremfall 76% des BIP)! 1989 hätte dieser Wohlfahrtsverlust zwischen 6% und 11% (im Extremfall 75%) betragen. Die Einkommensverteilung ist also langfristig am unteren Rand ungleicher geworden, was mit Wohlfahrtsverlusten einhergeht.

Abb. 10: Das Atkinson-Maß für Deutschland mit unterschiedlicher Bewertung von Ungleichheit



Quelle: LIS (2013) und eigene Berechnungen

Box 2: Der Atkinson-Index ist ein Maß für Ungleichheit, das untere Randgruppen explizit berücksichtigt,

und ist definiert als:

$$A = 1 - \left[\sum_i \left(\frac{y_i}{\mu} \right)^{1-\epsilon} f(y_i) \right]^{1/(1-\epsilon)}$$

wobei y_i das individuelle Einkommen ($i=1, 2 \dots N$) und μ das Durchschnittseinkommen ist. ϵ ist die Ungleichheitsaversion und liegt zwischen 0 und unendlich. Der Atkinson-Index liegt zwischen 0 und 1 (s. Atkinson 1970)

Beim Atkinson-Index fließen über die Ungleichheitsaversion ϵ die gesellschaftlichen Wertungen zur Umverteilung ein. Wenn eine Gesellschaft Gleichverteilung anstrebt, dann ist das Atkinson-Maß für $\epsilon=\text{unendlich}$ (unendlich hohe Ungleichheitsaversion) zu berechnen. Wenn es in einer Gesellschaft nur auf Effizienz ankommt und die Einkommensverteilung überhaupt keine Rolle spielen soll, dann ist $\epsilon=0$ (keine Ungleichheitsaversion) zu setzen. Es zählt dann nur das höchste Pro-Kopf-Einkommen, egal wer es besitzt.

Durch das Atkinson-Maß sozialer Ungleichheit können Veränderungen im unteren Einkommensbereich betont werden. Mit diesem Maß werden diese Veränderungen stärker gewichtet als solche bei den hohen Einkommensbeziehern, aber auch als die bei den Durchschnittsverdienern. Die Wohlfahrt der Ärmsten rückt damit stärker ins Blickfeld. Im Vergleich zum Gini-Koeffizienten erlaubt dieses Maß, verschiedene Arten der Ungleichheit zu analysieren.

Das Atkinson-Maß ist 0, wenn die tatsächliche mit der gewünschten Einkommensverteilung übereinstimmt bzw. völlige Gleichverteilung herrscht, und 1 bei maximalem Abweichen der gewünschten von der tatsächlichen Verteilung. Eine intuitive Interpretation des Atkinson-Maßes von 0,13 für Deutschland bedeutet, dass man mit 1-0,13, also mit 87% des deutschen Volkseinkommens, dieselbe Wohlfahrt hätte erzielen können, wenn das Einkommen nur gleicher verteilt gewesen wäre. Man hätte sich also durch bessere Umverteilung zu den untersten Randgruppen 13% der Einkommensschaffung ersparen können. Dies bei einer mittleren Ungleichheitsaversion von $\epsilon=1$.

Wir haben die Verteilung für eine geringe gesellschaftlich gewünschte Verteilungsgerechtigkeit, für $\epsilon=0,5$ und für eine mittlere gewünschte Verteilungsgerechtigkeit $\epsilon=1$ für verschiedene EU-Länder berechnet. Wenn $\epsilon=0$, zählt nur Effizienz und das erzielte Durchschnittseinkommen einer Gesellschaft, egal wer es besitzt, gemäß der Utilitaristischen, Bentham'schen Wohlfahrtsfunktion. In der Praxis werden meist Werte von $\epsilon=0,5$, 1 und 2 verwendet, weshalb wir für Deutschland auch das Atkinson-Maß für $\epsilon=2$, bei dem eine starke Präferenz für gleichere Verteilung herrscht und die untersten Einkommen am stärksten gewichtet werden, berechnet haben. Herrscht eine sehr starke gesellschaftliche Präferenz für Gleichverteilung, wäre der Atkinson-Index immer 1, solange die tatsächliche Einkommensverteilung noch ungleich ist.

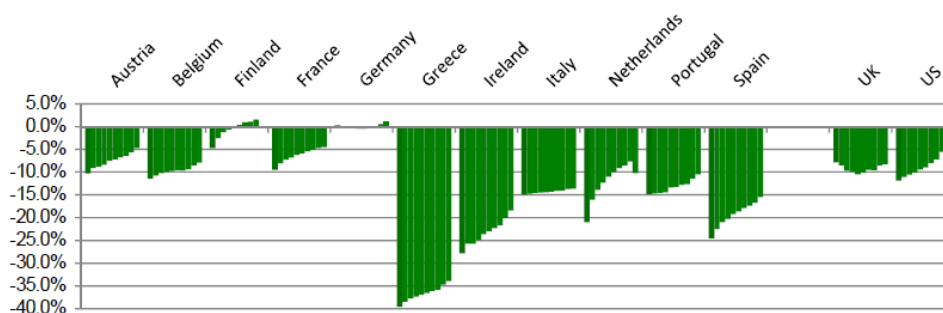
3.2 Die Rolle der Inflation

Die Ungleichheit des realen verfügbaren Einkommens innerhalb der einzelnen EU-Länder ist bereits vor der Finanzkrise drastisch gestiegen. Die Krise führte innerhalb der entwickelten Länder zu Einkommensverlusten vieler – besonders betroffen waren aber zuerst die obersten Einkommen durch Verluste bei Erträgen auf Finanzanlagen, dann die Realeinkommen der untersten Einkommensschichten, wodurch die Unterschiede in den realen verfügbaren Einkommen innerhalb eines EU-Landes noch weiter zunahmen.

Verteilungsmaße wie Gini-Koeffizient oder auch das Atkinson-Maß berücksichtigen nicht, dass nach der Krise auch die Inflationsraten der unteren und oberen Einkommensbezieher in vielen Ländern deutlich auseinanderdrifteten. Damit ist der Kaufkraftverlust der untersten Einkommensbezieher in vielen EU-Ländern weit höher gewesen als jener der obersten Einkommensbezieher.

Wie eine Studie von UBS Donovan (2013) zeigt, haben die untersten 20% der Einkommensbezieher in Europa und den USA nach der Finanzkrise deutlich höhere Realeinkommenseinbußen durch Inflation hinnehmen müssen als die obersten 20%. So weist in vielen EU-Ländern der Warenkorb der Produkte, die die untersten zwei Dezile der Einkommensbezieher konsumieren, deutlich höhere Preissteigerungen auf als jener der obersten zwei Dezile der Einkommensbezieher. Produkte wie Kartoffeln stiegen gar um 30%, während Luxusgüter kaum teurer wurden.

Abb. 11: Zunehmende Ungleichheit: Wachstum der realen verfügbaren Einkommen zwischen 2008 und 2012 nach Dezilen
(das unterste Dezil ist links, das oberste rechts)



Quelle: Donovan UBS 9. Oktober 2013, S.7

Donovan (2013) hat Daten des Euromonitor (2012) und des Euromonitor (2014), der Daten bis 2012 enthält, genutzt. Seine Berechnungen basieren auf Gesamthaushalts-einkommensdaten, nationalen Einkommensstatistiken und Umfragen. Für Deutschland wurden Warenkorbrechnungen für unterschiedliche Einkommensgruppen 2005 abgeschafft. Daher wird für fünf Gruppen von Einkommensbezieher in

Quintilen ein neuer Verbraucherpreis für den alten Warenkorb berechnet. Der letzte verfügbare Warenkorb von 2005 nach Einkommensgruppen wird herangezogen und es wird unterstellt, dass die untersten Einkommen das gleiche Kaufverhalten wie heute haben (Donovan verwendet demnach dieselben Gewichte pro Warengruppe). Dann rechnet er für Deutschland aus 40 Warenkategorien Preissteigerungen aus (für Elektrizität, Kartoffeln, Wohnen usw.), aus FOB Indizes für Wohnen, Elektrizität etc. (telefonisches Interview BU mit Donovan 28.10.2013). Statt eines einheitlichen allgemeinen Verbraucherpreisindex werden also fünf verschiedene Verbraucherpreisindizes für verschiedene Einkommensgruppen berechnet.

Wie man aus Abb. 11 ersieht, fallen die Einkommensverluste in Deutschland insgesamt deutlich geringer als in anderen EU-Ländern aus. Allen voran ist Griechenland, wo das unterste Einkommensdezil nach der Krise 40% des verfügbaren Einkommens verlor, das oberste Dezil 34%. Nur Finnland und Deutschland zeigen nach der Krise Einkommenszuwächse in den obersten Dezilen. In allen anderen Ländern mussten alle Einkommensgruppen, obgleich in unterschiedlichem Ausmaß, zwischen 2008 und 2012 Einkommensverluste hinnehmen. In den Niederlanden sind für das oberste Dezil mehr Einkommensverluste zu verzeichnen als für die Dezile 6 bis 8. Und nur in Großbritannien erlitten die untersten (und obersten) Dezile weniger Einkommenseinbußen als die mittleren.

An Deutschland ist am auffallendsten, dass die beiden obersten Dezile in der Krise Einkommenszuwächse hatten, während der Rest Verluste oder Stagnation zu verzeichnen hatte. Das Problem, dass die Inflation vor allem die niedrigsten Einkommen auffraß, hatte Deutschland aber nur in geringerem Ausmaß als andere Länder. Es ist zusammen mit Italien die Ausnahme dieser Entwicklung. Weniger positiv gesehen, könnte man auch sagen, dass die deutschen untersten Einkommen nicht durch Inflation, sondern schlichtweg durch eine Zunahme von prekären Jobs mit schlechter Bezahlung absackten.

Die Zunahme der Einkommensungleichheit innerhalb und zwischen den europäischen Ländern nach der Finanzkrise ist besorgniserregend. Das Bedürfnis nach staatlicher Umverteilung wird zunehmen, obgleich die öffentliche Hand einen Sparkurs eingeschlagen hat. Nationalismus und Euroskeptizismus werden nicht kleiner werden, wenn es nicht gelingt, die Einkommensungleichheiten zu korrigieren. Eine hohe Sensibilität bezüglich der Preisentwicklung von Konsumgütern wie Energie ist zu erwarten.

4. Die personelle Einkommensverteilung in Deutschland

4.1 Ausgangslage

Wie in vielen anderen EU-Staaten ist die Einkommensungleichheit in Deutschland im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte im Trend gestiegen. Eine Reihe von Einflussfaktoren wurde in der Literatur bereits diskutiert, die von einer Ausweitung des Niedriglohnssektors und geringfügiger Beschäftigung⁸ über veränderte Haushaltsstrukturen⁹ bis hin zu Entwicklungen bei einem sehr kleinen Anteil der Bevölkerung (den 1% am besten verdienenden Haushalte) reichen. So hat es ähnlich wie in anderen Ländern und insbesondere in den USA¹⁰ auch in Deutschland an der Spitze der Einkommenspyramide recht deutliche Einkommenssteigerungen gegeben (vgl. Alvero et al. 2013). Für die obersten 10% gab es schon in den 1990er Jahren mit ca. 7% verhältnismäßig hohe Zuwächse bei den am Markt erzielten realen Einkommen (preisbereinigte Einkommen aus Löhnen, Unternehmertätigkeit sowie Vermögenseinkommen aus Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus Vermietung und Gewinnen), während die Einkommenszuwächse der Top 0,001% diese mit einer Steigerung von 35% noch in den Schatten stellte (vgl. Bach/Steiner 2007). Parallel dazu nahm der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor bis zum Jahr 2007 auf 24,2% zu und schwankt seitdem bei etwas niedrigeren Werten (23,9% im Jahr 2011, vgl. Kalina/Weinkopf 2013).

Kürzlich von Grabka et al. (2012) vorgelegte Analysen zeigen, dass die Zunahme der Markteinkommens-Ungleichheit nach der Jahrtausendwende zunächst anhielt, dann ab 2005 in eine relative Stagnation oder sogar wieder in eine leichte Abnahme der Ungleichheit überging (letztere ist für Ostdeutschland auch signifikant). Als wesentliche Gründe hierfür wurden von den Autoren eine gestiegene Erwerbsbeteiligung bei den unteren 40% der Einkommensbezieher sowie fallende Vermögenseinkommen im Zuge der Finanzkrise in den oberen Einkommensgruppen herausgearbeitet. Zu etwas anderen Ergebnissen kamen die DIW-Forscher für die Entwicklung der verfügbaren Einkommen (nach Besteuerung und Transfers), bei denen die Ungleichheit in Ostdeutschland stagnierte, während sie in Westdeutschland gemessen an den Ungleichheits-Maßzahlen des Gini-Koeffizienten und der Mean Log Deviation (MLD) leicht zurückging (wenn auch am Rande der Signifikanz). Zusammenfassend deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Ungleichheit von Markteinkommen und verfügbaren Einkommen seit 2005 leicht rückläufig ist oder stagniert.

⁸ Brenke und Grabka (2011) weisen jedoch darauf hin, dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor seit 2006 stagniert.

⁹ Vgl. Peichl et al. (2012).

¹⁰ Dort verdoppelte sich der Einkommensanteil der Top 1% am Volkseinkommen in den letzten 30 Jahren auf ca. 20%; vgl. Alvaredo et al. (2013).

Gleichwohl kann ein einmal erreichtes relativ hohes Niveau der Einkommensungleichheit zu sozialpolitischen Problemen führen, z.B. wenn damit ein erhöhtes Risiko der Armut einhergeht und wenn die soziale Mobilität insgesamt nur schwach ist. Tatsächlich lässt sich mit SOEP-Daten belegen, dass die soziale Mobilität an den Rändern der Einkommensverteilung in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat: Nach einer kürzlich erschienenen Studie von Burkhardt et al. (2013: 29) hat sich der Anteil der Armen (<70% des Medianeinkommens), die ihre Einkommensposition über drei Jahre nicht verbessern konnten, im Zeitraum 2008 bis 2010 auf 70% erhöht (im Zeitraum 1992 bis 1994 waren es noch ca. 62%). Wenn sich Einkommenslagen durch geringe soziale Mobilität relativ träge entwickeln, kann sich eine hohe soziale Ungleichheit über geringe Rentenbeiträge und Altersvorsorge-Aufwendungen der unteren Einkommenschichten auch für das Alter verfestigen und somit zu einem weiteren sozialpolitischen Problem beitragen.

Bei Betrachtung all dieser sozialpolitischen Problemlagen scheint ein genauerer Blick auf die einzelnen Untergruppen der Bevölkerung, je nach Einkommenslage, gerechtfertigt. Dies ist eines der Ziele des vorliegenden Berichts, wobei allerdings auch die allgemeinere Entwicklung der Einkommensungleichheit, wie oben kurz beschrieben, anhand geeigneter Daten nachgezeichnet wird. Als Datenbasis für die Darstellung wird das von DIW und TNS Infratest erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP) gewählt, für das am aktuellen Rand jährlich Daten von knapp 30.000 Personen in einer Befragung erhoben werden, die repräsentativ für die Bevölkerung ist (s. Box 3).¹¹

¹¹ Die Heimbevölkerung wird dabei nicht berücksichtigt.

Box 3: SOEP-Daten – Methodisches Vorgehen

Gesamtdeutsche Daten liegen im SOEP für den Zeitraum seit 1991 vor. Viele relevante Größen wie das Einkommen werden im SOEP jeweils in der Erhebungswelle des darauffolgenden Jahres erfasst, für 1991 beispielsweise im Jahr 1992. Den „aktuellen Rand“ bildet für diesen Bericht die Welle 2011 mit relevanten Haushaltsdaten für 1991 bis 2010 (Zeitraum, für den gesamtdeutsche Daten vorliegen), die dem veröffentlichten Datenstand von Anfang November 2013 entspricht.

Zur Erstellung des Berichts wurden eine Reihe von SOEP-Daten verwendet: die demografische Struktur, die Haushaltsgröße, die Erwerbsbeteiligung, Markt- und verfügbare Einkommen, selbst genutztes Wohneigentum, der Konsumentenpreisindex, genauere Daten zum Erwerbsstatus, Steuer- und Abgabendaten. Zu den Markteinkommen wurden auch die vom DIW geschätzten Mietwerte von selbst genutztem Wohneigentum gerechnet. Soweit möglich, wurde darauf geachtet, dass die Daten auf Jahresebene synchron vorlagen. Bei der Haushaltsstruktur und den Einkommensgrößen ist dies nur bedingt möglich, da detaillierte Einkommensdaten im SOEP verständlicherweise nur für das Vorjahr der Befragung vorliegen, während die Haushaltsstruktur und Alterszusammensetzung zum Befragungszeitraum (also im aktuellen Jahr) erfasst sind.

Zur Beurteilung der Signifikanz von Messgrößen der Einkommensverteilung auf dem 5%-Niveau wurden Bootstraps mit 1000 Wiederholungen durchgeführt, da sich bei Stichprobendaten wie dem SOEP sonst keine verlässlichen Schlüsse auf die Gesamtbevölkerung ziehen ließen. Dies betrifft insbesondere die Gini-Koeffizienten und interessante Größen wie Stundenlöhne, Sparquoten, etc. Mittels der so bestimmten Konfidenzintervalle lässt sich beispielsweise sagen, dass die Einkommensungleichheit im Untersuchungszeitraum mit einer hohen statistischen Sicherheit zugenommen hat oder dass die realen Markteinkommen der obersten 25% der Einkommensverteilung zugenommen haben (was der Fall ist).

Anhand dieser Daten lässt sich die Einkommensungleichheit mittels geeigneter Statistiken nachzeichnen. Ein weit verbreitetes Maß ist z.B. der Gini-Koeffizient, der angibt, wie stark die Einkommensverteilungskurve der Bevölkerung vom gedachten Zustand der völligen Gleichverteilung abweicht. Der Gini-Koeffizient hat Werte zwischen 0 (keine Abweichung von der Gleichverteilungskurve) und 1 (vollständige Einkommenskonzentration bei einem außerordentlich kleinen Teil der Bevölkerung). Auch andere Maße sind in der Literatur vertreten. Dem Problem allgemeiner Maßzahlen, dass sie die Einkommens-Ungleichheit nur auf eine Fragestellung hin untersuchen (z.B. beim Gini-Koeffizienten: wie stark ist die Abweichung von der Gleichverteilung), kann durch eine Betrachtung mehrerer Maßzahlen begegnet werden. Im vorliegenden Bericht werden alternativ die Quartile, d.h. Viertel der Einkommensverteilung detailliert betrachtet. Die Wahl von (relativ breiten) Quartilen wurde auch getroffen, weil das SOEP die Einkommensverteilung an den Rändern nur unzureichend erfasst. Bei einer kleinen Randgruppe (z.B. 1%, 5%, evtl. auch 10%) kann dies sich relativ stark auswirken (vgl. Anhang „Methodische Probleme der SOEP-Daten“ sowie „Verbesserungsvorschläge für die Reichtumsforschung“).

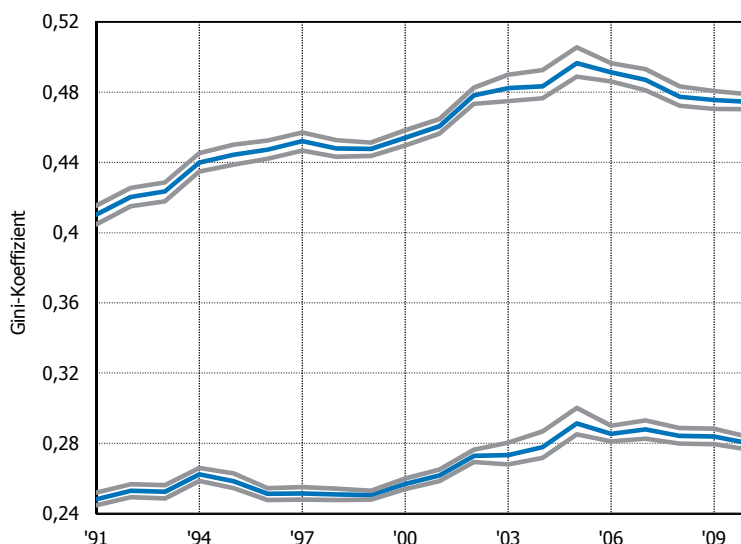
Bei einem Quartil ist die Abgrenzung so gewählt, dass im Quartil 25% der befragten Personen liegen, wobei die Personengewichte des SOEP-Datensatzes Verwendung finden. Die im Folgenden verwendeten Gewichte beinhalten auch die im Abschnitt 4.2 beschriebenen Umgewichtungsfaktoren, um den Strukturwandel bei den Haushalten auszublenken. Dadurch stellen die Quartile (Dezile) im Jahr 2010 die tatsächlich vorliegenden Quartile (Dezile) dar. Zur Abgrenzung der weiter zurückliegenden Dezile wurden die Personengewichte so geändert, dass die Haushaltsstruktur im jeweils betrachteten Jahr derjenigen des Jahres 2010 entsprach. Analog wurde bei der Berechnung der Quartile verfahren.

Die Entwicklung der Einkommens-Ungleichheit nach dem Konzept des Gini-Koeffizienten (siehe Methodenbox) ist in Abb.12 dargestellt. Wie von Grabka et al. (2012: 7) beschrieben, lässt sich die Entwicklung dabei grob in drei Phasen einteilen. Nachdem die Ungleichheit der realen Markteinkommen bereits in den 1990er Jahren stieg, beschleunigte sich diese Entwicklung nach der Jahrtausendwende bis 2005 deutlich (vgl. Abb. 12 oben). Danach setzte wieder ein Rückgang der Ungleichheit ein, der ab dem Jahr 2008 auch signifikant und somit statistisch abgesichert ist. Insgesamt ergibt sich trotz des Rückgangs des Gini-Koeffizienten nach 2005, dass die Ungleichheit der realen Markteinkommen seit Anfang der 1990er Jahre um ca. 0,06 zugenommen hat, was bei einer Skala des Gini-Koeffizienten zwischen 0 und 1 einer deutlichen Zunahme entspricht.

Für die Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen gilt eine ähnliche Tendenz, wie in Abb. 12 (unten) ersichtlich ist. Auch hier gibt es einen Anstieg bis zum Jahr 2005, der sich nach 2000 allerdings sehr viel deutlicher beschleunigt hat als zuvor. Danach setzt ebenfalls ein Rückgang der Ungleichheit ein, der aber am Rande der Signifikanz liegt und somit statistisch nicht gut abgesichert ist. Insgesamt ist der Anstieg der Ungleichheit der realen verfügbaren Einkommen von 1991 bis 2010 mit ca. 0,03 aber nur halb so hoch wie derjenige der realen Markteinkommen. Sozialstaat und Steuersystem scheinen den Anstieg der Ungleichheit also gedämpft zu haben.

Abb. 12: Gini-Koeffizienten zur Messung der Ungleichheit der realen Markteinkommen (oben) und der realen verfügbaren Einkommen (unten)

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



Im Folgenden gehen wir der Frage nach, inwieweit die großen Linien der Entwicklung seit der deutschen Wiedervereinigung erklärt werden können. Eines der wesentlichen Ergebnisse ist, dass der Wandel der Haushaltsstruktur und Erwerbsbeteiligung, inklusive des demografischen Wandels, zwar gut die Hälfte der Zunahme der Ungleichheit bei den Markteinkommen, aber nur knapp ein Drittel der Zunahme bei den verfügbaren Einkommen erklären kann. Der Wandel der Haushaltsstruktur und Erwerbsbeteiligung kann also allenfalls einen Teil der Zunahme der Einkommensungleichheit erklären.

Bei den Markteinkommen hat sich die Zunahme der Ungleichheit aus den wesentlichen Quellen, den Lohn- und Vermögenseinkommen gespeist. Bei beiden hat es seit Anfang der 1990er Jahre eine zunehmende Polarisierung gegeben. Während das oberste Einkommensquartil seine realen Einkünfte aus Löhnen und Vermögen steigern konnte, stagnierten diese bei den unteren zwei Quartilen. Ähnlich ist die Entwicklung bei Betrachtung der Stundenlöhne.

Die leicht abnehmende Ungleichheit nach dem Messkonzept des Gini-Koeffizienten seit ca. 2005 ist auf eher kurzfristigen Entwicklungen zurückzuführen: Während die Lohneinkommen der Haushalte mit Arbeitseinkommen in den untersten beiden Quartilen zunächst stiegen, begannen sie 2006 (Q2) bzw. 2007 (Q1) schon wieder zu stagnieren. Das unterste Quartil verlor ab 2009 sogar deutlich an Lohneinkommen. Gleichzeitig setzte allerdings im Zuge der Finanzkrise ein Rückgang der Vermögenseinkommen ein, die insbesondere in den oberen Einkommensgruppen konzentriert sind, so dass per Saldo eine zurückgehende Ungleichheit nach der weit verbreiteten Maßzahl des Gini-Koeffizienten resultierte. Beide Entwicklungen scheinen allerdings eher eine Momentaufnahme zu sein. Bei einer besseren konjunkturellen Entwicklung dürften beispielsweise die Vermögenseinkommen wieder steigen (was sich bei den aktuell verfügbaren VGR-Daten bereits andeutet) und zu stärkerer Ungleichheit führen. Gestaltungsspielräume bestehen ferner bei der Entwicklung der Lohneinkommen. Hier zeigt sich, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse im unteren Bereich der Markteinkommen teilweise deutlich erhöht vorliegen, insbesondere im Bereich der Leiharbeit. Die Ergebnisse werden im Folgenden einzeln dargestellt.

4.2 Begrenzter Einfluss der Haushaltsstruktur auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit

Der demografische Wandel ist nicht allein ein Zukunftsthema, sondern ist unter anderem am Wandel der Haushaltsstruktur schon länger zu erkennen. So hat der Anteil von Familien mit Kindern an der Bevölkerung seit 1991 stetig abgenommen. Im Gegenzug gibt es heute mehr Zweiverdiener-, Single- und Rentner-Haushalte. All dies hat Einfluss auf die gemessene Ungleichheit, da bei der Messung sogenannte Äquivalenz-Skalen Verwendung finden. Am häufigsten verwendet ist dabei die

sogenannte neue OECD-Äquivalenz-Skala, bei der dem ersten Haushaltsmitglied ein Gewicht von 1, jedem weiteren erwachsenen Haushaltsmitglied ein Gewicht von 0,5 und Kindern (unter 14 Jahren) ein Gewicht von 0,3 zugeordnet wird. Eine dreiköpfige Familie mit einem Kind hätte demnach beispielsweise ein Gewicht von $1+0,5+0,3$ – zusammengenommen 1,8. Die Begründung für die Gewichtung sind sogenannte economies of scale („Skalenvorteile“), da mit der gemeinsamen Haushaltsführung Kostenersparnisse einhergehen (wobei den genauen Werten sicher eine gewisse Beliebigkeit anhaftet).

Für die Berücksichtigung des Strukturwandels der Bevölkerung wurde der Datensatz in Anlehnung an den Beitrag von Peichl et al. (2012) in Haushaltstypen unterteilt, deren relative Entwicklung als Anteil der Gesamtbevölkerung in Tabelle 2 wiedergegeben wird. Zur Bildung der Haushaltstypen wurden einige Informationen zur Berücksichtigung besonders typischer Strukturmerkmale verwendet:

- Anzahl der Erwachsenen
- Anzahl der arbeitenden Personen
- Kinder im Haushalt
- Renteneinkommen
- Arbeitslosigkeit

Für einige Haushalte fehlen Angaben über den Erwerbsstatus. Diese wurden in der ersten Haushaltsgruppe von Tabelle 1 zusammengefasst (dieser Anteil konnte durch individuelle Daten zu Erwerbs- und Renteneinkommen noch eingegrenzt werden). Bei den anderen Gruppen wurden nur die wichtigsten Unterscheidungen vorgenommen (beispielsweise wurde bei den Rentner-Haushalten nicht unterschieden, ob es Kinder im Haushalt gibt oder nicht), woraus insgesamt 16 Haushaltstypen resultierten. Stärkere Änderungen gibt es neben der ersten Haushaltsgruppe mit fehlenden Angaben (+1,9%) bei der Gruppe der Single-Haushalte mit Arbeit (+4,1%), bei den Haushalten mit mindestens zwei Personen und Rentenbezug (+3,4%), bei den Alleinverdiener-Haushalten mit Kindern (-3,9%) sowie bei den Haushalten mit mindestens zwei Erwerbspersonen und Kindern (-7,2%). Diese Ergebnisse sind denen von Peichl et al. (2012) recht ähnlich. Die Rentnerhaushalte wurden von Peichl et al. jedoch nicht gesondert erfasst; sie spielen aber für die Einkommensverteilung in den letzten Jahren und für die Zukunft eine wichtige Rolle, vgl. Kumpmann et al. (2012).

Tabelle 2: Haushaltstypen und ihre relative Bedeutung 1991 und 2010

Haushalts-Typ	Anzahl Erw.	Anzahl Kinder	Arbeit	Arbeitslosigkeit	Rente	Anteil 1991	Anteil 2010	Änderung in Prozent
1	-	-	-	-	-	3,0%	4,9%	1,9%
2	1	0	1	-	-	6,8%	10,9%	4,1%
3	1	0	0	1	-	0,2%	1,0%	0,8%
4	1	0	0	0	*	8,6%	9,2%	0,5%
5	1	1+	1	-	-	1,6%	1,9%	0,3%
6	1	1+	0	-	-	0,7%	0,8%	0,1%
7	2+	0	0	1+	-	0,5%	0,8%	0,3%
8	2+	1+	0	1+	-	0,1%	0,7%	0,6%
9	2+	-	0	0	1+	9,0%	12,4%	3,4%
10	2+	-	0	0	0	0,2%	0,7%	0,5%
11	2+	0	1	1	-	0,7%	0,9%	0,1%
12	2+	1+	1	1	-	1,2%	0,5%	-0,7%
13	2+	0	1	0	-	9,0%	10,6%	1,6%
14	2+	1+	1	0	-	12,3%	8,4%	-3,9%
15	2+	0	2+	-	-	24,1%	21,7%	-2,4%
16	2+	1+	2+	-	-	21,9%	14,8%	-7,2%

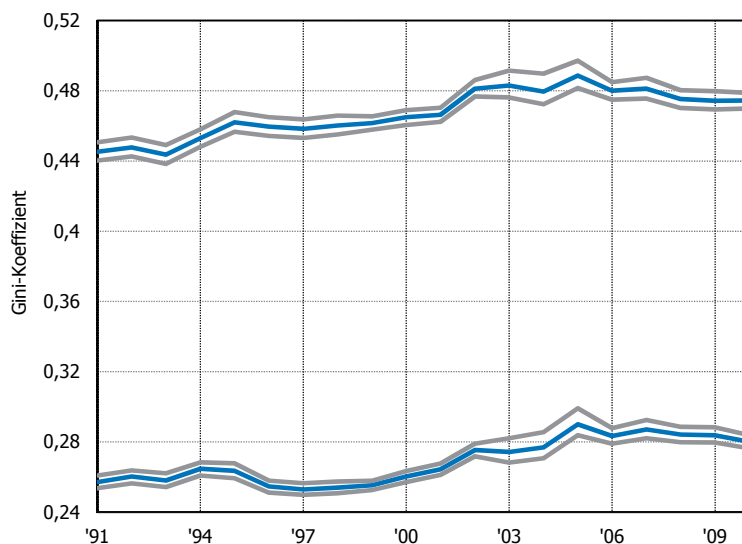
Anmerkung: – für die Klassifizierung nicht verwendet,

* in diesem Haushaltstyp überwiegen Rentnerhaushalte

Mithilfe der Daten aus Tabelle 2 und den im SOEP enthaltenen Personen-Gewichtungsfaktoren lassen sich nun Statistiken für die Einkommensungleichheit berechnen, die sich ergeben hätte, wenn die Haushaltstruktur in den weiter zurückliegenden Jahren derjenigen von 2010 entsprochen hätte (sogenannte counterfactual distribution) und die jeweiligen Haushaltseinkommen des betrachteten Jahres vorgelegen hätten. Hierzu werden die jeweiligen Personen-Gewichtungsfaktoren höher oder niedriger gewichtet, je nachdem in welchem Haushaltstyp die betroffenen Personen anzufinden sind und ob der Haushaltstyp im Zeitverlauf an Gewicht gewonnen hat oder nicht (vgl. Peichl et al. 2012). Gini-Koeffizienten auf Grundlage dieser Umgewichtung sind für die Markteinkommen und verfügbare Einkommen in Abb. 13 dargestellt.

Abb. 13: Entwicklung der Ungleichheit der realen Markteinkommen (oben) und der verfügbaren Einkommen (unten) bei vergleichbarer Haushaltsstruktur wie im Jahr 2010

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



Auf den ersten Blick unterscheidet sich die auf Basis der Haushaltstypen-Umgewichtung berechnete Entwicklungen des Gini-Koeffizienten kaum von den vorherigen in Abb. 12. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass der Anstieg des Gini-Koeffizienten der realen Markteinkommen in Abb. 13 von einem höheren Niveau startet als in der unbereinigten Version von Abb. 12 (mit anderen Worten: der Anstieg verläuft flacher). Hierin kommt die Umgewichtung zum Ausdruck, denn bei Zugrundelegung der Haushaltsstruktur aus dem Jahr 2010 hätte der Gini-Koeffizient im Jahr 1991 wesentlich höher gelegen als im Ausgangs-Szenario mit durchschnittlichen größeren Haushalten. Ähnliches gilt auch für die verfügbaren Einkommen (Abb. 13 unten). Zusammengefasst gilt:

- Ein Anteil von 54,5% vom Anstieg des Gini-Koeffizienten der realen Markteinkommen kann auf den Wandel der Haushaltsstruktur und Erwerbsbeteiligung zurückgeführt werden.
- Bei den verfügbaren Einkommen bietet sich allerdings ein etwas anderes Bild: Hier beträgt der durch die Änderung der Haushalts-Struktur erklärte Anteil am Anstieg der Ungleichheit nur 28,1%.¹² Das Steuer- und Abgaben-

¹² Peichl et al. (2012) fanden für einen anderen Zeitraum (von 1985 bis 2005) für Westdeutschland einen geringeren Anteil (14%) der durch den Strukturwandel erklärbaren Zunahme der Ungleichheit.

system sowie der Sozialstaat führen also zu einer Dämpfung des durch den Haushalts-Strukturwandel ausgelösten Anstiegs der Einkommensungleichheit.

Der Anstieg der Ungleichheit durch den Wandel der Haushaltsstruktur ist bei Kenntnis der Berechnung des Äquivalenzeinkommens nach der neuen OECD-Skala in gewisser Hinsicht nicht besonders verwunderlich. Wenn es beispielsweise einen Trend zu mehr arbeitenden Single- und Zweiverdiener-Haushalten ohne Kinder gibt, dann führt dies durch die Konstruktion der Äquivalenz-Skala zu Verschiebungen bei der Einkommensverteilung. Dies kann bereits durch einfache Rechenbeispiele verdeutlicht werden. Interessant ist vor allem, dass ca. die Hälfte des Anstiegs der Ungleichheit bei den Markteinkommen sowie zwei Drittel des Anstiegs der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen nicht durch den Wandel der Haushaltsstruktur erklärt werden kann. Im Folgenden wenden wir uns zunächst den Markteinkommen zu.

4.3 Die Entwicklung der realen Markteinkommen: Stagnation bei den untersten 25%, deutliche Steigerungen bei den obersten 25%

Sozialpolitische Problemlagen am unteren Ende der Einkommensskala können durch allgemeine Statistiken der Ungleichheit wie den Gini-Koeffizienten nur teilweise erfasst werden, da dieser auf Veränderungen am oberen Ende besonders sensibel reagiert (und hier gibt es zudem Probleme bei der Erfassung im SOEP, vgl. den Text im Anhang zu den Problemen der Erfassung der Reichen im SOEP). Alternative Statistiken wie der MLD sind zwar sensitiver im Hinblick auf die untere Hälfte der Verteilung (vgl. Grabka et al. 2012: 7), der vorliegende Bericht stützt sich auf die anschaulichere Unterteilung der Haushalte in Quartile (Viertel) und teilweise auch der Dezile (Zehntel), je nach ihrer Lage in der Einkommensskala. Für eine genauere Betrachtung der Einkommensentwicklung lässt sich der SOEP-Datensatz in Quartile und Dezile unterteilen. Hierzu werden die befragten Personen nach ihrem Haushalts-Äquivalenzeinkommen (s.o.) geordnet. Das erste Quartil Q1 (Dezil D1) wird dann so abgegrenzt, dass in ihm 25% (10%) der befragten Personen mit dem geringsten Haushalts-Äquivalenzeinkommen liegen, wobei zur genauen Abgrenzung die Personengewichte verwendet werden (verschiedene Personenkreise wurden in der SOEP-Befragung unterschiedlich häufig erreicht, was durch die Personengewichte abgebildet wird). Q2 bis Q4 bezeichnen entsprechend die Quartile die zwischen 25-50%, 50-75% und 75-100% aufspannen.

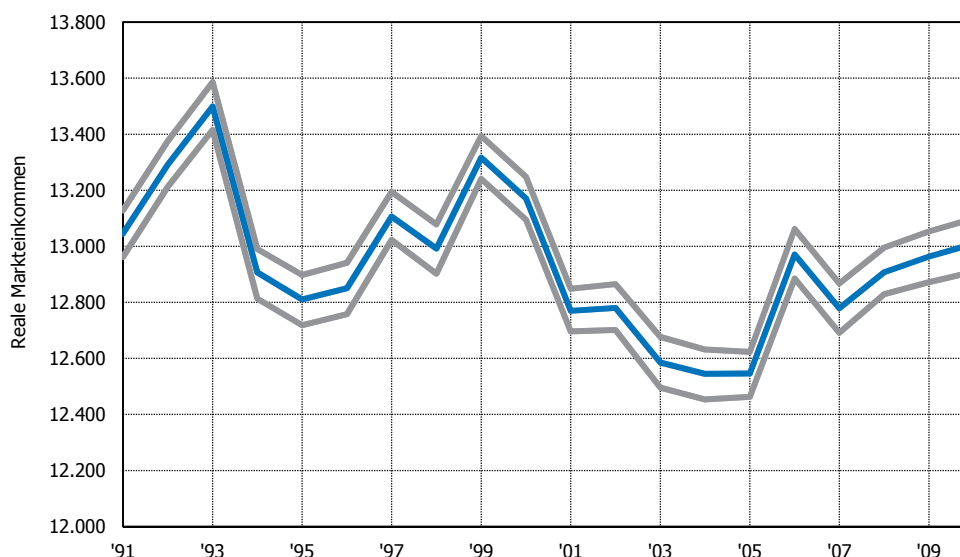
Nach der Konstruktion der Quartile und Dezile wurden Mittelwerte der realen Einkommensentwicklung bestimmt. Bei Betrachtung der Haushalte mit geringen Markteinkommen bietet es sich an, die Abgrenzung etwas weiter zu wählen, da im

untersten Dezil D1 fast keine Markteinkommen erzielt werden.¹³ Durch die etwas weitere Abgrenzung erhöht sich der Anteil der Haushalte mit positiven Markteinkommen.

Für das unterste Quartil Q1 gab es im Beobachtungszeitraum eine stark schwankende Entwicklung, bei insgesamt niedrigen durchschnittlichen Jahreseinkommen (eine detaillierte Abbildung befindet sich im Anhang). Im Zuge des Konjunkturaufschwungs war von 2005 bis 2007 ein Anstieg zu verzeichnen, der zum Rückgang der Ungleichheit beigetragen haben dürfte (siehe Abbildung im Anhang). Allerdings stagnieren die realen Markteinkommen seit 2007 auf niedrigem Niveau. Für das zweite Quartil Q2 ergibt sich ein ähnliches Bild für die Entwicklung der durchschnittlichen realen Markteinkommen. Da Q2 eine deutlich höhere Erwerbsbeteiligung (41,7%) als Q1 (8,5%) aufweist, haben die Markteinkommen (insbesondere Löhne und Selbständigen-Einkommen) dort eine höhere Bedeutung als in Q1 und werden in Abb. 14 dokumentiert. Auch hier gibt es ein zyklisches Auf und Ab der realen Markteinkommen, mit Höhepunkten in konjunkturellen Hochphasen. Insgesamt ist über den Zeitraum von 1991 bis 2010 in Q2 eine Stagnation der realen Markteinkommen zu erkennen.

Abb. 14: Entwicklung der durchschnittlichen realen Markteinkommen in Q2 (25-50%), Jahreseinkommen in Preisen von 2005

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



¹³ Beispielsweise wurde für das erste Dezil im Jahr 2010 ein durchschnittliches Jahres-Markteinkommen von 340 Euro in Preisen von 2005 errechnet. Mit anderen Worten: Es gibt hier viele Haushalte ohne Markteinkommen, aber mit sozialstaatlichen Transfereinkommen, die nicht zu den Markteinkommen zählen.

Die Entwicklung der realen äquivalenzgewichteten Markteinkommen im Quartil Q3 (50-75%) verlief dynamischer als in der unteren Hälfte der Einkommensskala und war nicht durch so starke Schwankungen gekennzeichnet. Auch hier ist aber ein zyklischer Ausschlag um die Jahrtausendwende sichtbar. Nach 2001 kam es wieder zu Einkommenssteigerungen, so dass im Jahr 2010 fast wieder der Wert des Jahres 2000 erreicht werden konnte. Insgesamt weist der Einkommenstrend in Q3 seit Anfang der 1990er leicht nach oben (Steigerung von 22.803 Euro auf 24.778 Euro in Preisen von 2005, vgl. Abbildung im Anhang).

Im Untersuchungszeitraum übertrafen die Steigerungen der realen äquivalenzgewichteten Markteinkommen in Q4 mit +18,7% die Entwicklung in Q3 (+8,7%) deutlich, wie an den Abbildungen im Anhang ersichtlich wird. Außerdem verlief die Einkommensentwicklung dort weniger schwankend als in den unteren Quartilen. Insbesondere gab es in Q4 nur in einem einzigen Jahr (2001) eine signifikante Einkommenseinbuße im Zuge des Konjunkturerinbruchs nach der Jahrtausendwende. Schon im Jahr 2002 erreichte das durchschnittliche Einkommen in Q4 einen neuen Höchstwert und schwankt seitdem nur leicht.¹⁴

4.4 Die Entwicklung der Lohneinkommen: kein eindeutiger Trend zu ausgeglichenerer Verteilung in den letzten Jahren

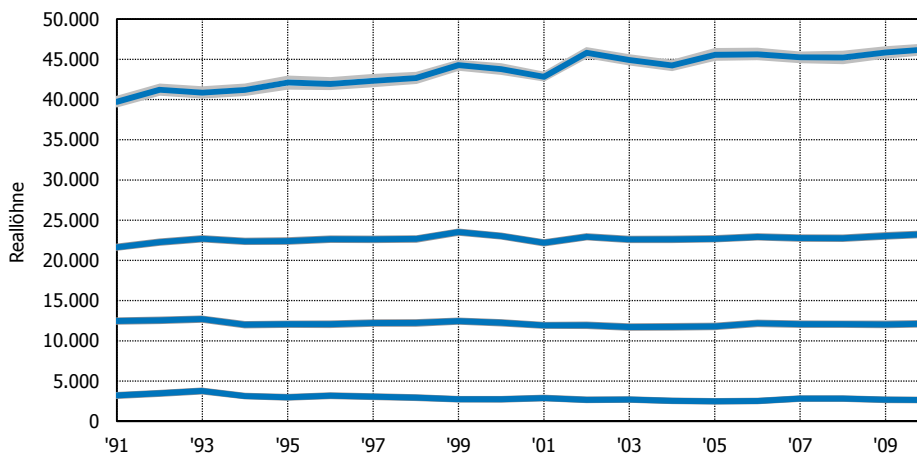
Den wichtigsten Teil der Markteinkommen der Haushalte bilden die Einkommen aus Löhnen. Es verwundert daher wenig, dass die Entwicklung der äquivalenzgewichteten realen Lohneinkommen in den Quartilen recht ähnlich verläuft wie die Entwicklung der äquivalenzgewichteten realen Markteinkommen. In Abb. 15 ist diese zusammen für die Quartile wiedergegeben (für die detailliertere Darstellung sei auf den Anhang verwiesen).

Zusammenfassend ergeben sich bis auf das zweite Quartil ähnliche Trends wie bei der Betrachtung der realen Markteinkommen. In Quartil Q1 und Q2 gab es von 1991 bis 2010 Verluste bei den Einkommen aus Löhnen (ca. -560 Euro und -350 Euro in Preisen von 2005 bei den Jahreseinkommen). Einen nicht unerheblichen Beitrag zur Ausweitung der Ungleichheit in den 1990er und frühen 2000er Jahren dürften daher die stagnierende oder rückläufige Reallohnentwicklung in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung und die im Vergleich dazu deutlich anziehenden Reallöhne insbesondere im obersten Quartil Q4 bilden. Nach 2005 stiegen die Lohneinkommen in den beiden unteren Quartilen zwar wieder etwas (nur in den anders skalierten Abbildungen im Anhang sichtbar), was zum Rückgang der Ungleichheit beigetragen

¹⁴ Nach den SOEP-Daten konnte auch das zehnte Dezil in diesem Zeitraum keine signifikanten Steigerungen mehr erzielen. Diese Daten dürften aber aufgrund der Messprobleme für die Reichen im SOEP nur eingeschränkt interpretierbar sein (s. Anhang).

haben dürfte. Allerdings setzte im untersten Quartil nach 2007 wieder ein deutlicher Rückgang der Reallöhne ein (ca. -200 Euro beim Jahreseinkommen) und im Quartil Q2 stagnierten die Löhne ab 2007 (siehe Abbildungen im Anhang). Zudem zogen die Reallöhne in den oberen beiden Quartilen im gleichen Zeitraum nach 2008 wieder deutlich an, sodass die Lohneinkommen in der unteren Hälfte der Einkommensskala sich erneut von denen in der oberen Hälfte entfernen. Eine Trendwende ist bei der Ungleichheit der Lohneinkommen also auch nach der Finanzkrise nicht in Sicht.

Abb. 15: Entwicklung der durchschnittlichen realen Lohneinkommen in Haushalten mit Arbeitseinkünften in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005
 grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



4.5 Nachlassende Vermögenseinkommen: Ein Erklärungsbeitrag zur sinkenden Ungleichheit im Zuge der Finanzkrise

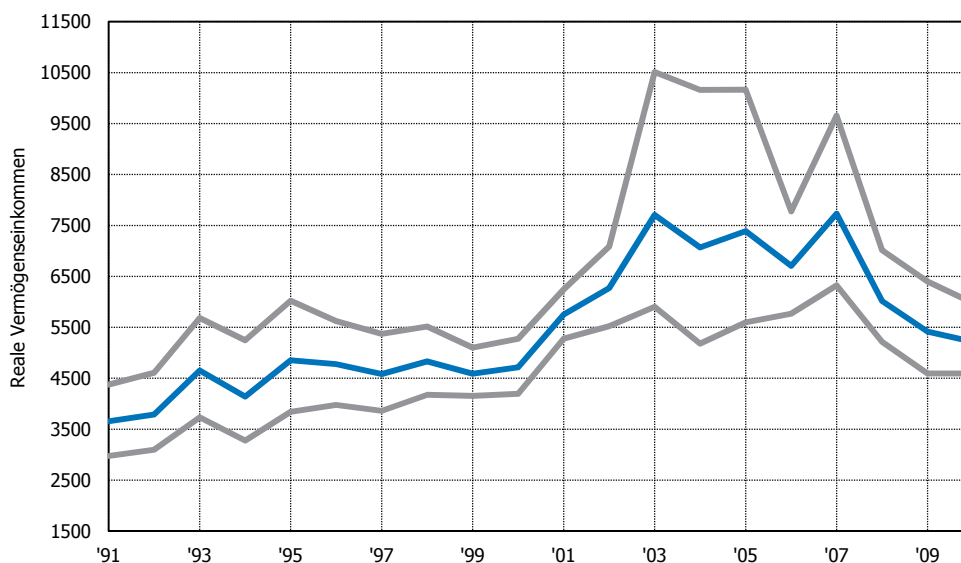
Einen wesentlichen Einkommensbestandteil insbesondere für das oberste Dezil der Markteinkommen stellen Vermögenseinkommen dar, die sich aus Zinsen, Dividenden, Vermietung und Gewinnen speisen. Die Vermögenseinkommen sind hoch konzentriert, so wies das oberste Dezil im Jahr 2010 ca. das Zehnfache der Vermögenseinkommen des mittleren fünften Dezils aus (ca. 5.000 Euro im Vergleich zu ca. 500 Euro an Haushalts-Äquivalenzeinkommen in Preisen von 2005). Insofern lohnt hier vor allem ein Blick auf das zehnte Dezil, der in Abb. 16 geboten wird (im Anhang sind alle Quartile dokumentiert).

Im zehnten Dezil hielt die Dynamik bei den Vermögenseinkommen über das Platzen der dot-com-Bubble im Jahr 2000 hinaus an, und erst die Finanzkrise hat hier zu deutlichen Rückgängen geführt. Dies bildet den wesentlichen Erklärungsbeitrag für die Rückgänge der Ungleichheit bei der Verteilung der realen Markteinkommen am

aktuellen Rand (unter Berücksichtigung des Befunds, dass die Reallöhne in den unteren Quartilen ab 2006/2007 stagnierten bzw. rückläufig waren während die obersten Quartile hier noch Zuwächse verzeichneten).

Abb. 16: Entwicklung der durchschnittlichen realen Vermögenseinkommen im 10. Dezil (90%-100%), Jahreseinkommen in Preisen von 2005

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



4.6 Zur Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten in den Einkommensklassen: Höhere Belastungen vor allem für mittlere Einkommen

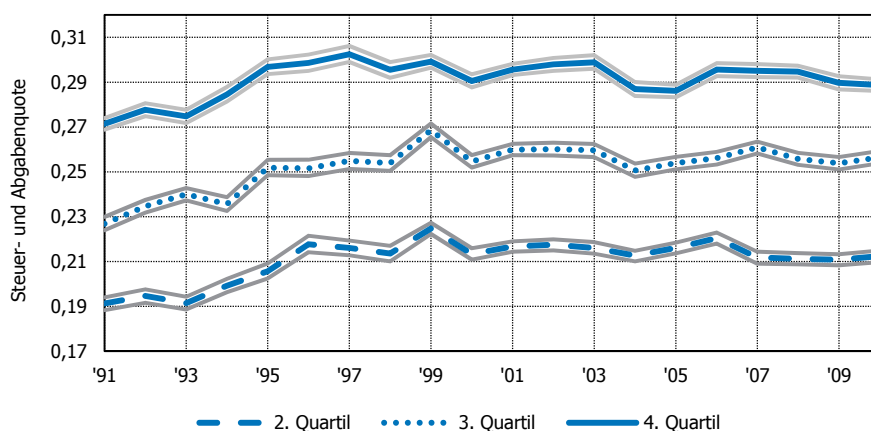
In den vorherigen Abschnitten wurde die Entwicklung der realen äquivalenzgewichteten Markteinkommen im Detail in den Quartilen (und teilweise auch in den Dezilen) der Einkommensverteilung ausgeleuchtet. In den verfügbaren Einkommen spiegelt sich dies zum guten Teil wider, wobei eine umverteilende Wirkung von staatlichen Steuern, Abgaben und Transfers zu erwarten ist. Im Folgenden soll diese etwas genauer unter Verwendung der SOEP-Daten betrachtet werden.

Bei den hier verwendeten Daten zur Steuer- und Abgabenlast, die im SOEP verfügbar sind, ist zu beachten, dass mit der Verwendung der Daten zur Steuerlast wahrscheinlich eine Überschätzung der umverteilenden Wirkung des Staatsbudgets bei

den höheren Einkommen einhergeht, da die SOEP-Datenbasis die ganze Komplexität des Steuerrechts und die nicht unerhebliche Steuerhinterziehung nicht erfasst.¹⁵ In Abb. 17 werden außerdem nur die Steuer- und Abgabenlasten der oberen drei Quartile wiedergegeben, da der Anteil der imputierten Werte im untersten Quartil im Beobachtungszeitraum stark abgenommen hat (für die Berechnung der Steuer- und Abgabenquoten wurden nur die Haushalte mit imputierten Werten verwendet).

Abb. 17: Durchschnittliche Steuer- und Abgabenbelastung der Quartile Q2-Q4

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



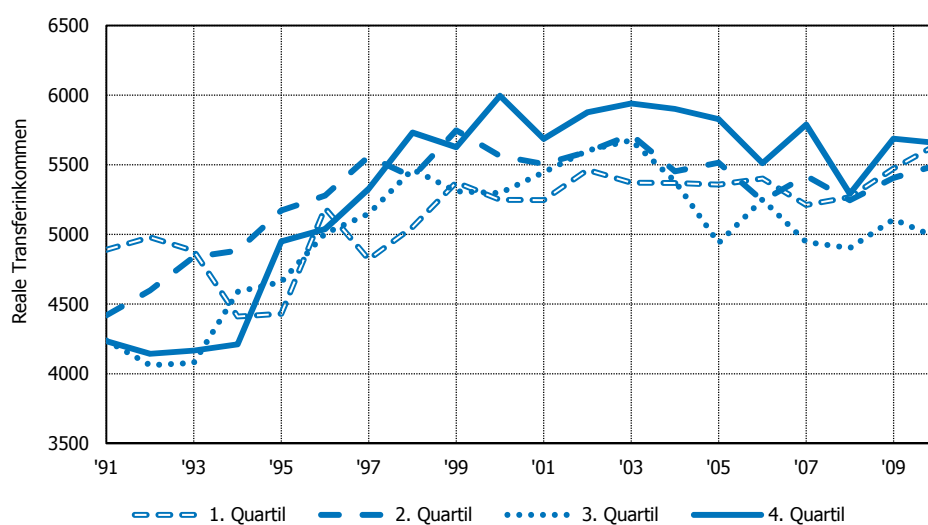
Bei Betrachtung von Abb. 17 fällt der relativ ähnliche Verlauf der Steuer- und Abgabenbelastung der mittleren Quartile Q2 und Q3 auf. Sie erreichte einen Spitzenwert im Jahr 1999, in dem es deutliche Steigerungen der Einkünfte aus Löhnen in Q2 und Q3 gab, um dann unter anderem durch verschiedene Einkommenssteuerreformen und Lohnrückgänge wieder abzuschmelzen. Bei Betrachtung des oberen Quartils Q4 fällt auf, dass die Steuer- und Abgabenbelastung nicht wesentlich höher ist als in Q3 (im Jahr 2010: 28,9% gegenüber 25,6%).

Zusammenfassend ist hinsichtlich der im SOEP dokumentierten Steuer- und Abgabenbelastung festzustellen, dass deren Höhe in den drei oberen Quartilen seit Anfang der 1990er Jahre zugenommen hat. Am deutlichsten fällt die Steigerung dabei

¹⁵ Im SOEP werden die Steuer- und Abgabenlasten imputiert. Insbesondere bei den Einkommenssteuern gibt es aber ein umfangreiches Regelwerk, das laufend teilweise komplexen Änderungen unterworfen ist und das im SOEP durch die Imputation nicht abgebildet werden kann. Insbesondere für besser verdienende Haushalte dürften die Steuerlast so überschätzt werden (vgl. Schwarze 1995: 2). Außerdem führt Steuerhinterziehung in nicht unerheblichem Umfang zu einer Verzerrung der Ergebnisse und zu einer Überschätzung der umverteilenden Wirkung des Staatsbudgets – Schätzungen für die Steuerhinterziehung in Deutschland reichen von 40 Mrd. bis 158 Mrd. Euro jährlich (vgl. Unger 2013).

im dritten Quartil aus (um 2,9% von 22,7% auf 25,6%), während die Steuer- und Abgabenlast im zweiten und vierten Quartil schwächer stieg (um 2,1% und 1,7%). Der in der politischen Debatte manchmal erwähnte „Mittelstandsbauch“ in der Steuer- und Abgabenbelastung scheint also bei Betrachtung der Daten seit Anfang der 1990er Jahre tatsächlich gewachsen zu sein.¹⁶ Diese Ergebnisse dürften die reale Belastung angesichts der nur teilweise möglichen Erfassung von Abschreibungsregelungen (und deren Abbildbarkeit im Datensatz) sowie der im Dunkeln bleibenden Steuerhinterziehung noch überschätzen. Zwar ist daher mit einer geringeren steuerlichen Belastung an der Spitze der Einkommenshierarchie zu rechnen, im Großen und Ganzen dürfte aber die intakte Einkommenssteuer-Progression über weite Teile der Einkommen dazu geführt haben, dass die deutlich steigende Ungleichheit bei den Markteinkommen im Zeitverlauf zu einer nicht ganz so starken Steigerung der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen führte (s.o.).

Abb. 18: Entwicklung der Transfereinkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005



Zur Abschätzung der auf der Ausgabenseite auftretenden Umverteilung wurden durchschnittliche äquivalenzgewichtete staatliche Transfers und Renten aus der GRV (im Folgenden zusammengefasst als Transfereinkommen) in den Quartilen der verfügbaren Einkommen zusammengerechnet und preisbereinigt. Die Entwicklungen

¹⁶ Hierbei ist zu beachten, dass die Haushaltsstruktur zur Gewährleistung einer besseren Vergleichbarkeit wie bei den übrigen hier dokumentierten Statistiken durch die oben erwähnte Umgewichtung derjenigen von 2010 angenähert wurde.

in den Quartilen sind in Abb. 18 wiedergegeben (Konfidenzintervalle für die einzelnen Quartile finden sich in den Abbildungen im Anhang). Augenfällig ist dabei, dass in allen Quartilen im Jahr 2010 ähnlich hohe durchschnittliche Transfereinkommen auftraten. An sozialstaatlichen Leistungen und Transfers scheint also ein großer Teil der Bevölkerung quer durch die Einkommensskala teilzuhaben. Außerdem hat es im Beobachtungszeitraum in den 1990er Jahren eine deutliche Ausweitung der durchschnittlichen Transfereinkommen gegeben, die seit der Jahrtausendwende in eine Stagnation oder leichtere Schwankungen übergegangen ist.

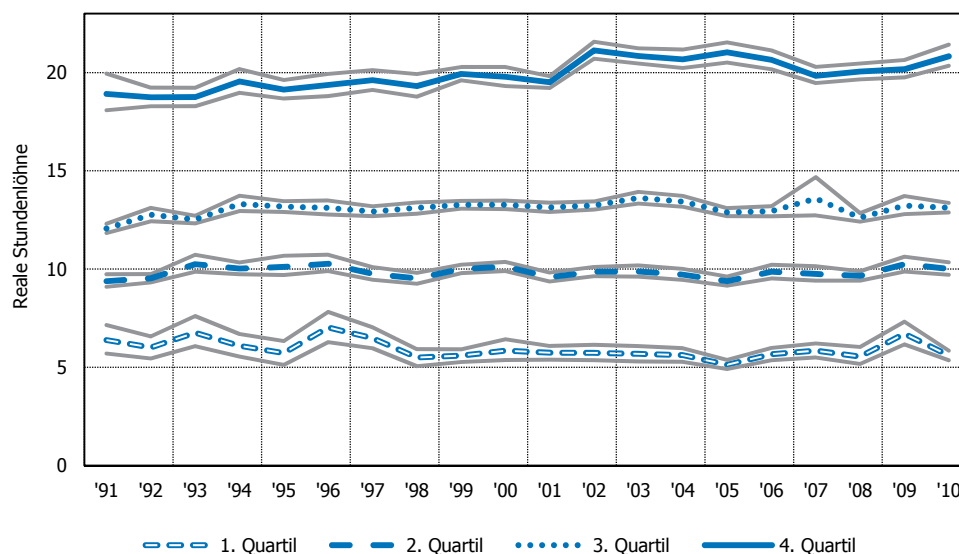
4.7 Warum die unteren Quartile bei den Markteinkommen so stark verloren haben: einige Betrachtungen

In den obigen Abschnitten wurden bereits die Lohn- und Vermögenseinkommen als wesentliche Bestandteile der Markteinkommen differenziert betrachtet. In beiden Bereichen gab es seit 1991 eine Tendenz zu erhöhter Ungleichheit, wobei die gesunkenen Vermögenseinkommen insbesondere im obersten Quartil die leicht rückläufige Ungleichheit nach der Finanzkrise zu guten Teilen erklärt (unter Berücksichtigung des Ergebnisses, dass die Ungleichheit bei den Lohneinkommen seit 2006/2007 wieder zugenommen hat). Interessant bleibt aber eine Betrachtung der tiefer liegenden Ursachen für die Ausdifferenzierung bei Lohn- und Vermögenseinkommen in der längeren Frist seit 1991. Hierfür ist insbesondere die Entwicklung der Stundenlöhne interessant, da so die Effekte sich ändernder Raten der Arbeitsmarktpartizipation ausgeblendet werden können, die beispielsweise auch die Einkommensentwicklung in den Quartilen beeinflussen.

Im Vergleich zu den vorher präsentierten Entwicklungen der durchschnittlichen Jahreseinkommen aus Löhnen (s. Abb. 15) lassen sich mit den Daten von Abb. 19 einige Differenzierungen vornehmen. Zwar fallen im Quartil Q1 die im Vergleich zu den Schwankungen relativ großen Konfidenzbänder auf, die eine Interpretation erschweren. Allerdings lässt sich für das unterste Q1 von 1991 bis 2005 ein Absinken der Reallöhne von einem ohnehin geringen Niveau beobachten. Dies deckt sich mit der sehr verhaltenen Entwicklung der Lohnsumme in diesem Bereich, deren Stagnation bei sinkenden Löhnen nur durch Mehrarbeit möglich wurde. Ein etwas anderes Bild ergibt sich für die Stundenlöhne im vierten Quartil, die nach 2001 auf ein höheres Niveau stiegen, mit kurzer Unterbrechung von 2007 bis 2009. In den Stundenlöhnen am oberen und unteren Ende der Einkommensskala spiegelt sich also die beschleunigte Zunahme der Einkommensungleichheit zu Anfang der 2000er Jahre.

Abb. 19: Entwicklung der realen Stundenlöhne in Q1-Q4, in Preisen von 2005

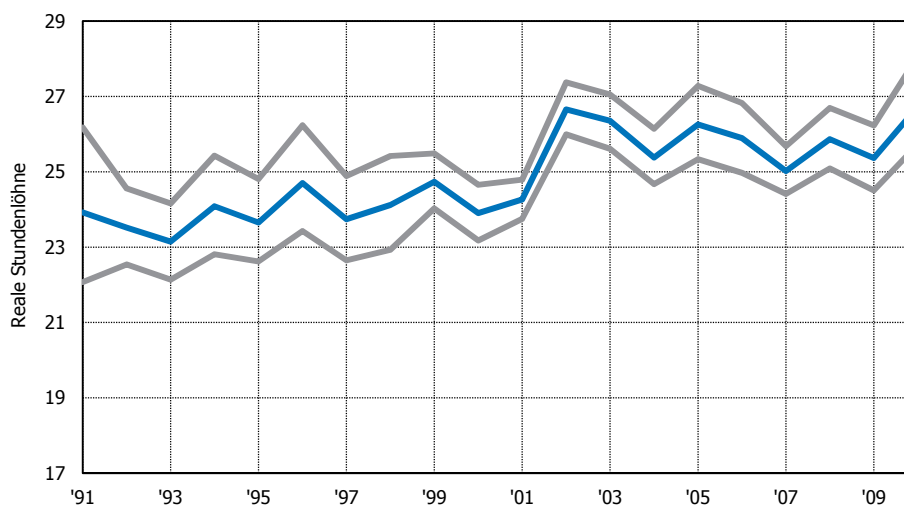
grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



Zum Vergleich ist außerdem die Entwicklung im zehnten Dezil in Abb. 20 wiedergegeben. Hier ist die Steigerung bei den reicheren Haushalten deutlicher zu erkennen; in den 1990ern sind die Konfidenzbänder durch die damals relativ kleinere Datenbasis des SOEP recht breit. Der Trend der Einkommenszunahme bei den reicheren Haushalten wird durch die Konfidenzbänder in den Abb. 19 und 20 also möglicherweise noch unterschätzt.

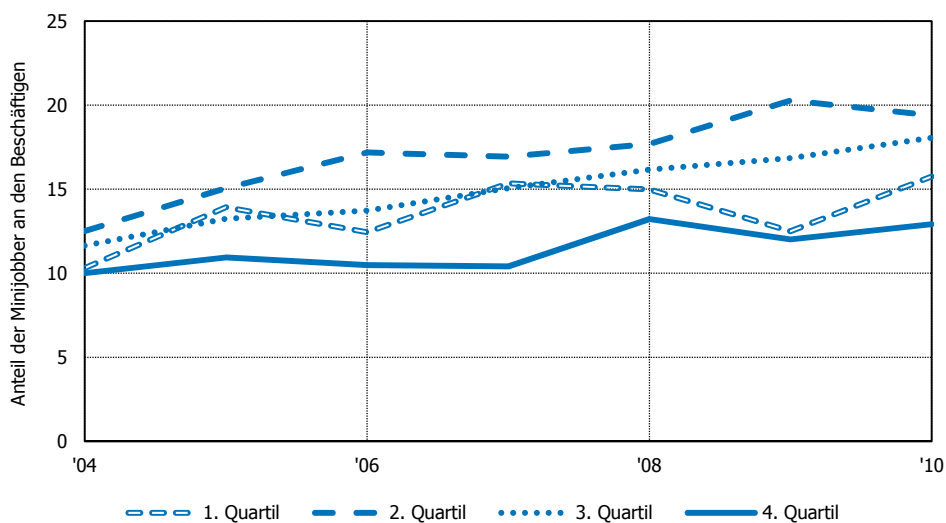
Abb. 20: Entwicklung der realen Stundenlöhne in Dezil 10, in Preisen von 2005

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



Interessant ist außerdem eine Betrachtung möglicher Ursachen für die sehr verhaltene Stundenlohnentwicklung in der unteren Hälfte der Einkommensskala. Die dynamische Entwicklung atypischer Beschäftigungsformen im Beobachtungszeitraum könnte eine Ursache sein – wobei zu bedenken ist, dass Einkommensrisiken sinken, wenn im Familienkontext Umverteilung stattfindet (vgl. Lohmann/Andreß 2011). Nichtsdestotrotz ist die Wahrscheinlichkeit, einen Niedriglohn zu beziehen, in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs und Leiharbeit deutlich erhöht. So war nach Angaben des Statistischen Bundesamts (2012) der Anteil von Niedriglöhnen (Stundenverdienst) bei Minijobs (84,3%) und Leiharbeit (67,7%) gegenüber anderen Beschäftigungsformen und insbesondere gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis (10,8%) deutlich erhöht. Beispielsweise verdienen nach einer SOEP-Auswertung von Kalina und Weinkopf (2012) mehr als 70% der Minijobber weniger als 8,50 Euro die Stunde.

Abb. 21: Anteil der Minijobber an den Beschäftigten in Q1-Q4



Zur Überprüfung eines erhöhten Anteils atypisch Beschäftigter in der unteren Hälfte der Markteinkommensverteilung sollen bedingte Wahrscheinlichkeiten für das Vorliegen dieser Beschäftigungsformen (hier: Minijobs und Leiharbeit) in den Quartilen berechnet werden, um evtl. vorhandene deutliche Unterschiede zwischen den Quartilen feststellen zu können. Betrachtet werden bei den Berechnungen der bedingten Wahrscheinlichkeiten nur die Haushalte mit Einkommen aus Arbeit. In Abb. 21 wird ersichtlich, dass der Anteil der Minijobber an den Beschäftigten insbesondere im zweiten Quartil tatsächlich in den letzten Jahren angewachsen ist. Für das erste Quar-

til ist dies zwar nicht der Fall, allerdings gibt es hier vergleichsweise wenige Beschäftigte (nur 8,5% der Personen im Jahr 2010) während der Beschäftigtenanteil in den oberen Quartilen höher liegt (41,7% in Q2, 62% in Q3 und 76,2% in Q4).¹⁷ Der Minijob-Anteil in Q2 lag durchweg signifikant über den Werten von Q4 (und zeitweise auch signifikant über den Werten von Q3; zur Betrachtung der Konfidenzintervalle siehe die Abbildung im Anhang). Insofern erscheint es plausibel, dass ein erhöhter Anteil von Minijobs zu den geringen Arbeitseinkünften im Quartil Q2 beigetragen hat.

Im nächsten Schritt wird eine vergleichbare Analyse für den Anteil der Leiharbeit vorgenommen.¹⁸ Die Anteile der Leiharbeiter an den Quartilen (nach Markteinkommen) sind in Abb. 22 wiedergegeben. Gegenüber dem durchschnittlichen Anteil der Leiharbeit an der Beschäftigung (nach BA-Zahlen ca. 2% in der Spitze) ist der Anteil der Leiharbeiter im zweiten und dritten Quartil stark erhöht, wenn auch mit abnehmender Tendenz in der Finanzkrise. Ab dem Jahr 2004 liegt der Anteil bei Quartil 2 signifikant höher als im oberen Q4 (zur Betrachtung der Konfidenzbänder sei wieder auf die Abbildungen im Anhang verwiesen).¹⁹ Insbesondere die gegenüber Q4 stark erhöhten Werte in Q2 lassen es plausibel erscheinen, dass die niedrigen Löhne im überwiegenden Teil der Leiharbeitsbranche auch zur Erhöhung der Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene beigetragen haben.

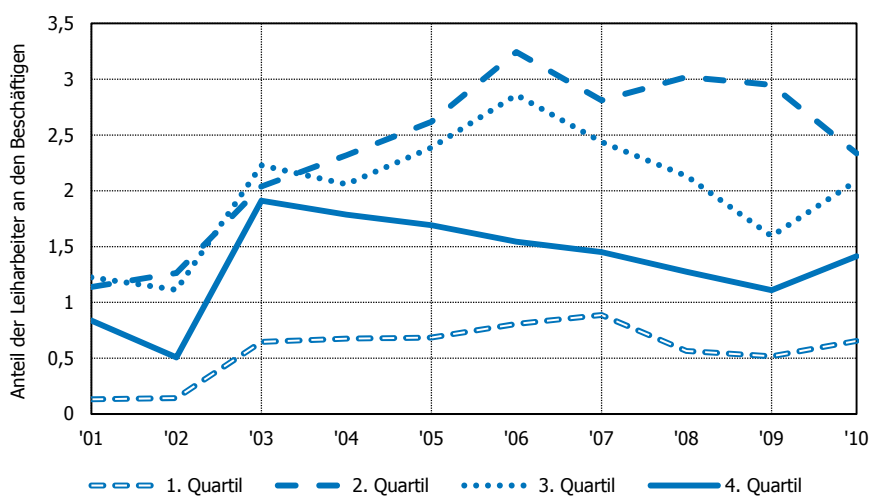
Auffallend ist, dass atypische Beschäftigungsformen wie Minijobs und Leiharbeit unter den Arbeitnehmern im zweiten Einkommensquartil stärker vertreten sind als in den anderen Quartilen (s. Abb. 21 und 22). Insbesondere die Abstände von Q2 zu Q4 bei Minijobs und Leiharbeit sind in den letzten Jahren noch angewachsen und erreichten Spitzenwerte im Jahr 2009. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die in diesen Beschäftigungsformen oftmals geringen Löhne die Einkommensungleichheit gesteigert haben.

¹⁷ Die Anteile wurden auf Basis des Beschäftigungsstatus und der gelagten Vorjahres-Markteinkommens zur Quartils-Einteilung berechnet.

¹⁸ Hierzu wurde die Variable Zeitarbeit des SOEP-Datensatzes mit einer gelagten Einkommensgröße und dem Beschäftigungsstatus zusammengeführt, um alle Variablen im gleichen Zeitfenster zu beobachten. Dies war erforderlich, da es sonst zu Verzerrungen bei der Quartilseinteilung kommen würde. Grund dafür ist, dass die Zeitarbeitsbranche diejenige mit dem höchsten Anteil des Zugangs aus Arbeitslosigkeit ist (17% im Jahr 2012) und eine hohe Fluktuation von Arbeitskräften aufweist (vgl. BA 2013). Zugänge aus Arbeitslosigkeit hatten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit im Vorjahr der Befragung kein oder wenig Markteinkommen. Eine Quartils-Sortierung nach dem Vorjahreseinkommen würde also den Anteil der Zeitarbeiter in den unteren Quartilen in irreführender Weise erhöhen.

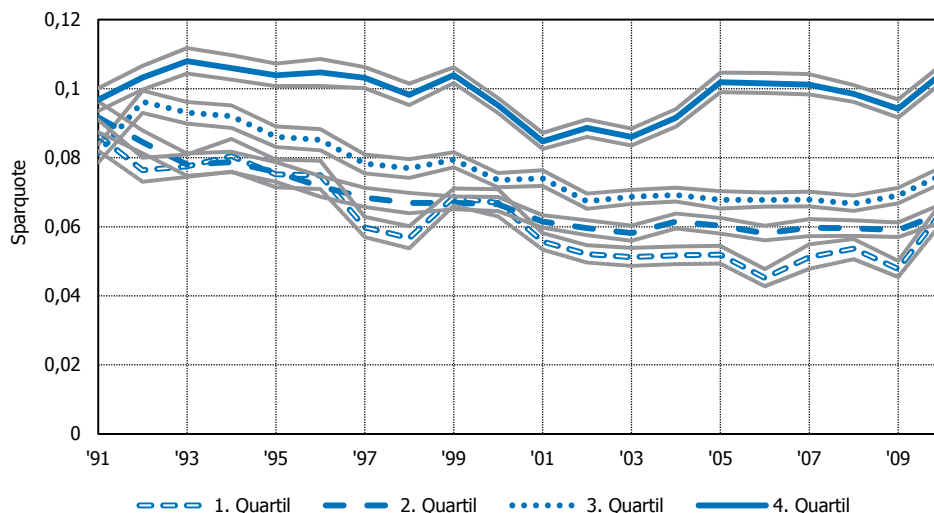
¹⁹ Dies gilt zwar auch für das untere Q1, letzteres ist aber wenig relevant, da hier z.B. im Jahr 2010 nur ca. 8,5% der Personen überhaupt erwerbstätig waren.

Abb. 22: Anteil der Leiharbeiter an den Beschäftigten in Q1-Q4



Auch bei den Vermögenseinkommen als einem weiteren Bestandteil der Markteinkommen hat es schließlich eine deutliche Zunahme der Ungleichheit gegeben (s.o., dort wurde aber nur das oberste Dezil in Abb. 16 dokumentiert; Quartils-Abbildungen finden sich im Anhang). Während sie im untersten Quartil deutlich nachließen, kam es im obersten Quartil zu erheblichen Steigerungen. Eine naheliegende Erklärung scheint hier in der insgesamt schwachen Entwicklung der verfügbaren Einkommen im unteren Quartil zu liegen (s. Abbildungen im Anhang). Da Ersparnis die Quelle des Vermögensaufbaus und damit auch von potenziellen späteren Vermögenseinkommen ist, ist dies die wahrscheinliche Ursache für abnehmende Vermögenseinkommen in den unteren Quartilen. Bei einer von der Einkommensentwicklung der oberen Hälfte abgekoppelten unteren Hälfte wäre daher zu prüfen, ob es in dieser Einkommenschicht zu einer abnehmenden Ersparnis gekommen ist. Gültig könnte dieses Erklärungsmuster sein, wenn die Haushalte im ersten Quartil eine starke Tendenz zum Verweilen in der unteren Einkommenslage haben. Untersuchungen von Burkhardt et al. (2013: 29) zur sozialen Mobilität deuten darauf hin, dass dies tatsächlich der Fall ist. In Abb. 23 sind Sparquoten für Q1 bis Q4 dargestellt.

Abb. 23: Entwicklung der Sparquoten in Q1-Q4
 grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau



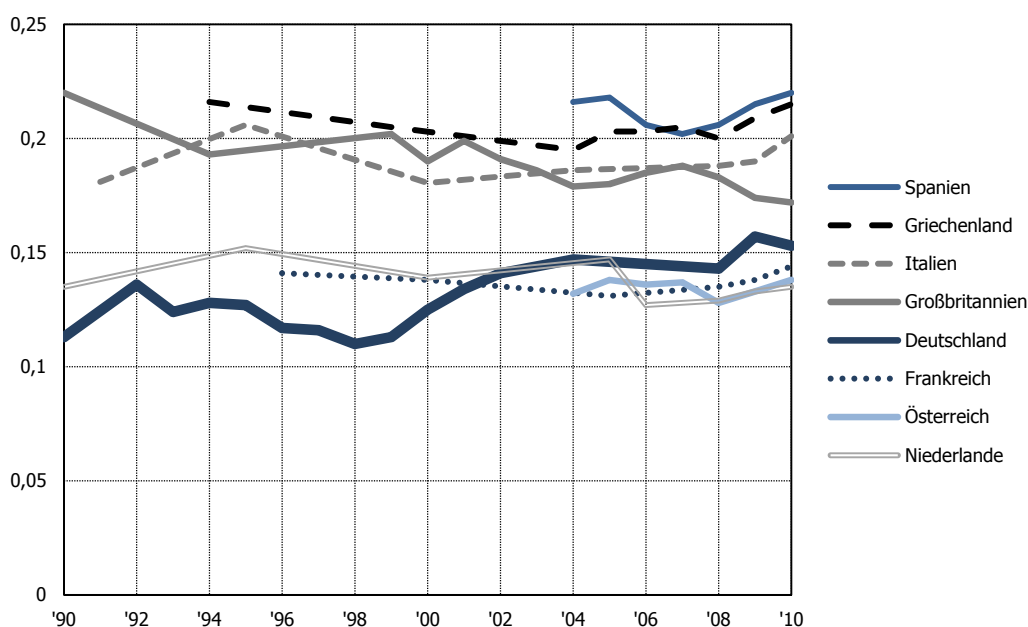
Im Gegensatz zu den unteren Quartilen konnte das oberste Quartil Q4 seine Sparquote über die Jahre relativ stabil bei 9 bis 10% des verfügbaren Einkommens halten. Bei einer vergleichsweise geringen sozialen Mobilität ist so der Anteil des vierten Quartils am Vermögen und den daraus resultierenden Einkommen über die Jahre deutlich gewachsen. Die geringe Ersparnis im untersten Quartil kann übrigens durchaus eine sozialpolitische Problematik zur Folge haben. Wenn nach den Rentenreformen der Vergangenheit das Niveau der gesetzlichen Rente weiter fällt, führt eine geringe Ersparnis von Arbeitnehmern im ersten Quartil zu tendenziell geringeren privaten Altersrückstellungen. Streng genommen, misst die Ersparnis nicht alle Möglichkeiten der Altersvorsorge, denn im SOEP wird nach regelmäßigen monatlichen Sparbeträgen gefragt. Allerdings ist bei Haushalten mit einer sinkenden durchschnittlichen Sparquote eine gewisse Korrelation mit diesen vertraglichen Altersvorsorge-Aufwendungen zu erwarten, und außerdem kann bei der relativ offenen Form der Frage auch nicht ausgeschlossen werden, dass die befragten Haushalte ihre Aufwendungen für Altersvorsorge-Versicherungen in der Befragung als Sparbetrag angeben.

5. Die personelle Einkommensverteilung am unteren Rand – Armut im internationalen Vergleich

Vergleicht man die Entwicklung der Armutsraten nach Steuern und Transfers, d.h. den Anteil jener Einkommensbezieher, die nach Umverteilung weniger als 60% des Medianeinkommens eines Landes verdienen, so sieht man, dass diese Rate in Deutschland ansteigt, in Frankreich relativ stabil ist und erst seit der Krise anwächst, während sie in Großbritannien sinkt (s. Abb. 24).

Deutschland liegt im Vergleich mit anderen EU-Ländern im unteren Mittelfeld, was für eines der reichsten Länder Welt ein eher bescheidenes Ergebnis ist, und dies auch noch mit steigendem Trend. 2009 hat die Armut stark zugenommen, 2010 ist sie wieder leicht gesunken, aber nicht mehr auf den Wert von 2008.

**Abb. 24: Armut im internationalen Vergleich
(unterhalb von 60% des Medianeinkommens)**



Quelle: OECD (2013). Poverty rate after taxes and transfers, Poverty line 60%

Die Armutsdaten hier beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung. Bei der Betrachtung einzelner Gruppen zeichnet sich Deutschland im internationalen Vergleich gegenwärtig durch eine Kombination aus wachsender Beschäftigung und steigender Armut aus (Seils 2012). Die deutsche Entwicklung läuft damit nicht nur dem international zu beobachtenden negativen Zusammenhang zwischen Beschäftigungs- und Armutsentwicklung entgegen, sondern widerspricht auch der Vorstellung der Europäischen Kommission, wonach Beschäftigung gleichsam ein Allheilmittel gegen Armut ist. Die wachsende Armut hat mehrere Gründe: Erstens hat die Altersarmut zugenommen, und zweitens die Armut unter den Beschäftigten selbst (s. Kapitel 6).

6. Wachsende Arbeitsarmut und Beschäftigung in Deutschland

6.1 Ursachen der Arbeitsarmut

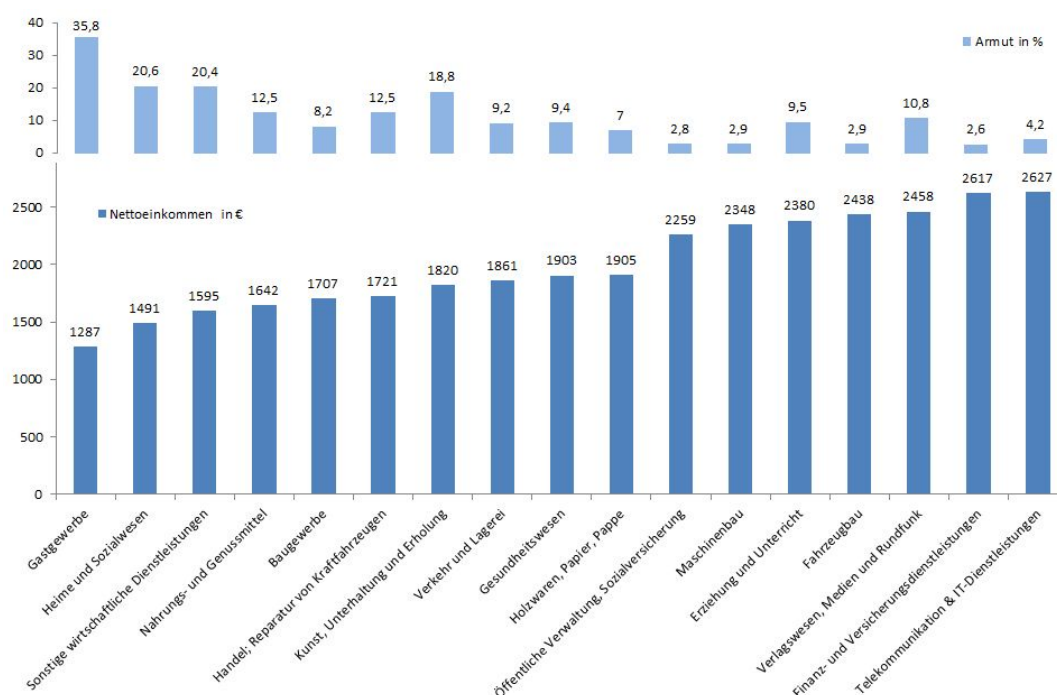
Die Zunahme der Beschäftigungsarmut wird häufig auf die Ausbreitung atypischer Beschäftigungsformen zurückgeführt. Befristet und geringfügig Beschäftigte und Leiharbeiter, so die These, seien hinsichtlich der Bezahlung und der sozialen Absicherung benachteiligt. In der Tat ist es so, dass atypisch Beschäftigte im Vergleich zu solchen in Normalarbeitsverhältnissen ein erhöhtes Armutsrisiko tragen. Allerdings ist schon häufig gezeigt worden, dass die sogenannte Erosion des Normalarbeitsverhältnisses nur einen Teil der Arbeitsarmut erklären kann (Seils 2012, Strengmann-Kuhn 2001). Außerdem hat der Anteil der atypischen Arbeitsverhältnisse an der abhängigen Beschäftigung zuletzt eher abgenommen. Ein alternativer Erklärungsansatz, welcher in der öffentlichen Diskussion einen breiten Raum einnimmt, hebt auf sehr niedrige Löhne ab. Zur Begründung wird gern auf spektakuläre Fälle von Lohn-Dumping verwiesen (Magazin Mitbestimmung 2013), denen durch einen Mindestlohn Einhalt geboten werden sollte. Wiederum steht außer Frage, dass Arbeitnehmer mit solch niedrigen Löhnen ein erhöhtes Armutsrisiko tragen. Oftmals werden diese Löhne jedoch durch ein Partnereinkommen ergänzt, wodurch im Haushaltskontext Armut vermieden werden kann. Ohne diese Subvention im Haushaltskontext könnten die Arbeitnehmer auf der Basis solcher Löhne in vielen Fällen sonst gar nicht leben. Studien, welche zeigen, dass die Einführung eines Mindestlohnes allenfalls einen sehr begrenzten Beitrag zur Verringerung der Armut leisten kann (Brenke/Müller 2013: 13-14), sollten daher nicht überraschen. Wie der folgende Abschnitt zeigt, ist es vielmehr so, dass die Armut – bei großen sektoralen Unterschieden – inzwischen die ganze Breite des Arbeitsmarktes erfasst hat (Seils 2013).

6.2 Durchschnittliche Nettoeinkommen und Armutsrisiko

In Tabelle 3 und Abb. 25 sind die durchschnittlichen Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten und die Armutsgefährdungsquoten der Haupteinkommensbezieher in 31 Wirtschaftszweigen wiedergegeben. Eine einfache Inspektion der Tabelle 3 zeigt, dass ein dichter Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Einkommenshöhe und dem Armutsrisiko in einem Wirtschaftszweig besteht. Vollbeschäftigte, die in der Finanz- und Versicherungsbranche, der Chemie oder dem Fahrzeugbau arbeiten, verfügen im Durchschnitt über ein hohes Nettoeinkommen und ihre Familien geraten daher nur in seltenen Fällen in Armut. Letzteres gilt ganz besonders für die Energieversorgung, die mit ungefähr 2,2% die niedrigste Armutsgefährdungsquote aufweist. In der Textilindustrie fällt das durchschnittliche Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten hingegen unterdurchschnittlich aus. Dies schlägt sich in einem

leicht überdurchschnittlichen Armutsrisiko der Haushalte nieder, die ihr Einkommen in der Hauptsache aus Arbeit in der Textilbranche beziehen. Wirtschaftszweige, in denen die durchschnittlichen Nettoeinkommen niedrig und die Armutsgefährdungsquoten der Haupteinkommensbezieher hoch sind, umfassen das Heim- und Sozialwesen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen und vor allem das Gastgewerbe, das mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von nur 1.287 Euro und einer Armutsquote von 35,8% unter den Haupteinkommensbeziehern eine Sonderstellung einnimmt.

Abb. 25: Nettoeinkommen und Armutsquoten nach Branchen, 2012



Quelle: Sonderauswertung des Mikrozensus durch IT.NRW

Tabelle 3: Armutsgefährdungsquoten und Nettoeinkommen, 2012

Wirtschaftsabschnitte	Armut* in %	Nettoeinkommen** in Euro
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	/	2.219
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln	12,5	1.642
Herstellung von Textilien, Bekleidung...	(8,6)	1.827
Herstellung von Holzwaren, Papier, Pappe...	7,0	1.905
Kokerei und Mineralölverarbeitung	/	2.657
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	(2,7)	2.521
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	/	2.667
Herstellung von Gummi, Kunststoffwaren, Glas...	5,3	1.931
Metallerzeugung und Bearbeitung...	5,6	1.873
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten...	(2,8)	2.473
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	4,7	2.228
Maschinenbau	2,9	2.348
Fahrzeugbau	2,9	2.438
Sonstige Herstellung von Waren, Reparatur...	5,7	1.917
Energieversorgung	(2,2)	2.451
Wasserversorgung...	7,3	1.854
Baugewerbe	8,2	1.707
Produzierendes Gewerbe (insgesamt)	5,5	2.043
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	12,5	1.721
Verkehr und Lagerei	9,2	1.861
Gastgewerbe	35,8	1.287
Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk	10,8	2.458
Telekommunikation & Informationstechnologische Dienstleistungen	4,2	2.627
Handel, Gastgewerbe und Verkehr (insgesamt)	13,7	1.828
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,6	2.617
Grundstücks- und Wohnungswesen	9,5	2.154
Erbringung von freiberuflichen und technischen Dienstleistungen	6,1	2.303
Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung	(6,6)	2.605
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	10,8	2.053
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	20,4	1.595
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	2,8	2.259
Erziehung und Unterricht	9,5	2.380
Gesundheitswesen	9,4	1.903
Heime und Sozialwesen	20,6	1.491
Kunst, Unterhaltung und Erholung	18,8	1.820
Sonstige Dienstleistungen	17,9	1.723
Wirtschaftsabschnitte insgesamt	9,5	2.005

Anmerkungen: * Zahl der abhängig erwerbstätigen Haupteinkommensbezieher mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unter 60% des mittleren Einkommens der entsprechenden Bevölkerungsgruppe. Zeichenerklärung: () statistisch unsicher; / aufgrund geringer Fallzahlen keine Aussage möglich. ** Durchschnittliches Einkommen der Arbeitnehmer mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 36 Stunden, die ihr Einkommen überwiegend aus Erwerbstätigkeit beziehen.

Quelle: Sonderauswertung des Mikrozensus durch IT.NRW

Schließlich besteht auch eine statistisch hochsignifikante negative Korrelation (-0,75, $p \leq 0,000$) zwischen den durchschnittlichen Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten und dem Armutsrisiko in einer Branche. Dies allein kann aber nicht befriedigend erklären, wie Haushalte in Armut geraten: Erstens gibt es in allen Wirtschaftszweigen Haupteinkommensbezieher, die in einem Armutskontext leben. Zweitens ist das Armutsrisiko in einigen Branchen niedriger bzw. höher als das durchschnittliche Nettoeinkommen erwarten lässt. So liegen das durchschnittliche Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten im Baugewerbe bei nur 1.707 Euro und die Armutsrisikoquote der Haupteinkommensbezieher bei 8,2%. Im Vergleich dazu sind im Wirtschaftsabschnitt Kunst, Unterhaltung und Erholung sowohl das durchschnittliche Nettoeinkommen (1.820 Euro) als auch die Armutsrisikoquote mit 18,8% deutlich höher. Dies zeigt erstens, dass auch Arbeitnehmer in Branchen mit hohem Lohnniveau ein Armutsrisiko tragen. Zweitens deutet sich an, dass es neben dem durchschnittlichen Lohnniveau eine Vielzahl von Variablen gibt, die einen Einfluss auf die relative Einkommenssituation von Haushalten haben.

6.3 Fallbeispiele: Wie geraten Arbeitnehmer in Armut?

An dieser Stelle soll mit Hilfe von Modellrechnungen auf der Basis realer Daten gezeigt werden, wie durchschnittliche *vollzeitbeschäftigte* Haupteinkommensbezieher in verbreiteten Haushaltskonstellationen in Armut geraten können. Die Fallauswahl soll eine Vielzahl von Regionen, Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen sowie beide Geschlechter abdecken. Für diesen Zweck müssen einige empirische und methodische Grundlagen erläutert werden:

1. Die Berechnung der Armutsgrenzen in den einzelnen Fallbeispielen orientiert sich unmittelbar an denen, welche der Tabelle 3 und Abb. 25 zugrunde liegen. Sie entsprechen der üblichen Definition der Europäischen Union von 60% des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens (Armutgefährdung). Datengrundlage ist der Mikrozensus. Die Bedarfsgewichtung folgt wie die Tabelle 3 der sogenannten „neuen OECD-Äquivalenzskala“. Dabei ist zu beachten, dass die Wahl des Mikrozensus aus methodischen Gründen (Gerhardt et al. 2009, Stauder/Hüning 2004) zu einer im Vergleich zu anderen Datensätzen (EU-SILC, SOEP) *niedrigen* Armutsschwelle führt. Diese lag 2012 bei nur 869 Euro für einen Alleinstehenden.
2. Empirische Grundlage für die in den Berechnungen verwendeten Bruttoverdienste ist die Verdienststatistik des Statistischen Bundesamtes für 2012 (Statistisches Bundesamt 2013). Diese weist Durchschnittsverdienste, Arbeitszeiten und Stundenlöhne nach Wirtschaftsabschnitten, Geschlechtern und Leistungsgruppen aus.
3. Die Aufwendungen für die Miete und ihre Bestandteile in den jeweiligen Regionen sind den Berichten der Bundesagentur für Arbeit zur Wohn- und Kostensituation der

Grundsicherungsbezieher im Juni 2012 entnommen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012: Tabelle 4). Dabei wurde jeweils auf die Angaben zu Mietwohnungen nach Haushaltstypen zurückgegriffen.

4. In den Berechnungen wurden sowohl Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge als auch Transferleistungen berücksichtigt. Dabei wurde der Rechtsstand des Jahres 2012 angelegt, um den Anschluss an die Ergebnisse der Tabelle 3 zu halten. Die Abgaben wurden mit Hilfe des Brutto-Netto-Rechners auf Lohnspiegel.de berechnet. Das Wohngeld wurde mit Hilfe der Wohngeldtabellen auf den Seiten des Bundesministeriums für Verkehr bestimmt.²⁰

Tabelle 4: Modellrechnungen Arbeitsarmut, 2012

1 Fall	2 Beruf	3 Ort	4 Brutto	5 Netto	6 Kinder- geld	7 Wohn- geld	8 Summe (5+6+7)	9 SGB II	10 Armutsgrenze	11 Differenz (10-8)
I	Café- Bedienung (ungelernt)	Hamm	1.388	1.104	184	86	1.374	1.729	1.738	364
II	Gartenbauerin (angelernt)	Lüchow- Dannenberg	1.553	1.235	184	36	1.455	1.713	1.738	283
III	Leiharbeiter (ungelernt)	Duisburg	1.562	1.242	368	166	1.776	2.105	2.173	397
IV	Karosserie- bauer (angelernt)	Nordsachsen	1.781	1.398	368	115	1.881	2.027	2.173	292
V	Hotelfachfrau (gelernt)	Mecklen- burgische Seenplatte	1.413	1.124	184	64	1.372	1.706	1.738	366

Quelle: Eigene Berechnungen

Anmerkungen: Details können dem Fließtext entnommen werden. Der Kinderzuschlag wird nicht ausgewiesen, da kein Anspruch besteht.

Fall I: Betrachten wir zunächst den Fall einer Frau, welche in der nordrhein-westfälischen Stadt **Hamm** als **ungelernte Café-Bedienung** arbeitet (vgl. Tabelle 4). In dieser Branche und Leistungsgruppe liegt bereits der durchschnittliche Stundenlohn mit nur 8,56 Euro nur wenige Cent über dem derzeit avisierten Mindestlohn. Als Vollzeitbeschäftigte (37,3 Stunden pro Woche) verdient sie 1.388 Euro brutto im Monat, was dem westdeutschen Durchschnitt in dieser Leistungsgruppe entspricht. Sie lebt mit ihrem Ehemann und ihrer 14-jährigen Tochter, welche kein

²⁰ Vgl. hierzu (<http://www.lohnspiegel.de/main/lohn-gehalt/bruttonettorechner>). Die Wohngeldtabellen und weitere Infos können hier (<http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/wohngeldtabellen.html>) bezogen werden.

eigenes Einkommen erwirtschaften, in einer Mietwohnung. Die Miete inklusive Nebenkosten beträgt monatlich 379 Euro. Für Heizung und Warmwasser müssen zusätzlich 70 Euro aufgebracht werden. Nach dem Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen verbleibt ein Nettogehalt von 1.104 Euro, welches durch das Kindergeld und 86 Euro Wohngeld auf 1.374 Euro angehoben wird. Dieser Betrag liegt nicht nur deutlich unter der Armutsschwelle von 1.738 Euro für diesen Haushaltstyp, sondern auch so weit unter dem SGB-II-Bedarf ihrer Familie, dass die Lücke nicht durch den Kinderzuschlag geschlossen werden kann. Sie ist daher gezwungen, ihren Lohn durch Hartz-IV aufzustocken. In der Summe kommt der Haushalt damit zwar auf immerhin 1.729 Euro, verbleibt jedoch knapp unterhalb der Armutgefährdungsgrenze.

Fall II: Der Fall einer **angelernten Gartenbauerin** im niedersächsischen **Kreis Lüchow-Dannenberg** ist ähnlich gelagert. Ihr Stundenlohn liegt mit 10,32 Euro bereits deutlich über dem Mindestlohn von 8,50 Euro. Mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 34,6 Stunden kommt die Alleinverdienerin auf einen monatlichen Bruttolohn von 1.553 Euro im Monat. Sie ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann und ihrem 14-jährigen Sohn in einer kleinen Mietwohnung. Diese kostet monatlich insgesamt 422 Euro. Netto bleiben von ihrem Lohn 1.235 Euro. Außerdem hat sie Anspruch auf 184 Euro Kindergeld und 36 Euro Wohngeld. Im Ergebnis hätte die gesamte Familie somit ein Einkommen von rund 1.455 Euro zur Verfügung. In der Praxis wird sie in einer solchen Situation allerdings die Grundsicherung in Anspruch nehmen, um das Familieneinkommen auf 1.713 Euro aufzustocken. Es verbleibt jedoch eine Armutslücke von 25 Euro.

Fall III: In den bislang untersuchten Fällen waren Frauen die Haupteinkommensbezieher ihrer jeweiligen Familien. Tatsächlich steuern die Männer jedoch in den meisten Fällen den größten Anteil zum Haushaltseinkommen bei. Allerdings haben sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse auch in der Gruppe der westdeutschen Männer verbreitet. Dies hat die Folge, dass die Löhne oftmals nicht mehr hinreichen, um ihre Familien aus der Armut herauszuhalten. Das kann anhand eines verheirateten **Leiharbeiters aus Duisburg** mit zwei Kindern im Alter von 15 und 17 Jahren illustriert werden. Bei Ungelernten beträgt der durchschnittliche Stundenlohn in diesem Wirtschaftszweig in Westdeutschland 9,93 Euro. Im Falle einer Vollzeitbeschäftigung ergibt sich ein Bruttolohn von 1.562 Euro. Zusätzlich zu seinem Nettogehalt von 1.242 Euro kann er Anspruch auf 368 Euro Kindergeld erheben. Angesichts einer Mietbelastung von 527 Euro im Monat erhält er auf Antrag außerdem 166 Euro Wohngeld. Auf diesem Wege ergibt sich insgesamt ein verfügbares Einkommen von 1.776 Euro. Dies liegt jedoch so weit unter dem SGB-II-Bedarf der Familie, dass die Lücke nicht mit dem Kinderzuschlag geschlossen werden kann. Im Ergebnis ist der Familienvater gezwungen zum Amt zu gehen und seinen Lohn über „Hartz IV“

aufzustocken. Das Haushaltseinkommen steigt dadurch auf rund 2.105 Euro, bleibt aber unter der Armutsgrenze von 2.173 Euro.

Fall IV: In Ostdeutschland sind sowohl Niedriglöhne als auch die Arbeitsarmut verbreiteter als im Westen. Sie erreichen dort auch Industriezweige, die normalerweise mit hohen Löhnen assoziiert werden. Dies kann anhand eines **angelernten Karosseriebauers aus Nordsachsen** gezeigt werden. Er verdient den Durchschnittsbruttolohn für den Wirtschaftszweig und die Leistungsgruppe in Ostdeutschland, welcher sich auf 1.781 Euro im Monat beläuft. Dem verheirateten Vater zweier Kinder im Alter von 14 bzw. 17 Jahren bleiben davon netto 1.398 Euro. Rechnet man das Kindergeld und das Wohngeld hinzu, kommt er auf 1.881 Euro. Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht nicht, da diese Leistung nicht ausreicht, um Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB II zu vermeiden. Die Familie ist daher genötigt, Grundsicherung zu beantragen. In diesem Falle erhöht sich das Haushaltseinkommen zwar auf 2.027 Euro, bleibt aber weit unter der Armutsrisikoschwelle von 2.173 Euro.

Fall V: Das niedrige Einkommensniveau im Gastgewerbe hat enorm hohe Armutsrisikoquoten der Haupteinkommensbezieher in dieser Branche zur Folge, welche auch die Fachkräfte erreichen. Dies kann anhand einer **Hotelfachfrau an der Mecklenburgischen Seenplatte** gezeigt werden. Sie ist verheiratet und hat eine Tochter im Alter von 15 Jahren, welche das Gymnasium besucht. Ihr Mann erwirtschaftet kein eigenes Einkommen. Ihr Stundenlohn liegt bei nur 8,78 Euro. Bei einer Arbeitszeit von 39,8 Stunden in der Woche kommt sie auf einen Bruttolohn von 1.413 Euro. Nach den Abzügen für die Sozialversicherung verbleibt ein Netto von etwa 1.124 Euro, welches zuzüglich Kindergeld und Wohngeld zu einem verfügbaren Einkommen von 1.372 Euro führt. Letztendlich muss die Hotelfachfrau in diesem Beispiel aber ebenfalls SGB II beantragen, ohne dass sie dadurch der Arbeitsarmut entrinnen könnte.

Zusammenfassend lässt sich auf der Basis dieser Modellrechnungen feststellen, dass nicht nur atypisch Beschäftigte, sondern auch Vollzeitbeschäftigte beiderlei Geschlechts in verschiedenen Regionen, Haushaltskonstellationen, Wirtschaftszweigen in Armut geraten können. In Anbetracht der Tatsache, dass die Stundenlöhne in allen Fällen über der Marke von 8,50 Euro liegen, lässt sich schließen, dass der derzeit avisierte Mindestlohn nur ein erster Schritt auf dem richtigen Weg ist.

Fazit

Wie unsere Analyse der funktionellen und personellen Einkommensverteilung sowohl im internationalen Vergleich als auch in Deutschland mittels verschiedener Methoden und Ansätze gezeigt hat, sind sowohl die Lohnpolitik, die Arbeitsmarktpolitik als auch die Steuer- und Sozialpolitik gefordert, eine Trendwende herbeizuführen. Eine angemessene Lohnentwicklung muss die Teilhabe aller Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Entwicklung sicherstellen. Vorrangig ist darüber hinaus die Begrenzung des Niedriglohnssektors. Dazu ist kurzfristig die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erforderlich. Eine Stabilisierung des Flächentarifvertragssystems kann helfen, über das gesamte Tätigkeits- und Qualifikationsspektrum hinweg angemessene Einkommensbedingungen zu gewährleisten. Das WSI hat hierzu konkrete Analysen etwa zur Reform des Instruments der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen vorgelegt (Bispinck 2012, Schulten 2012). Eine Re-Regulierung im Bereich der prekären Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs, Leiharbeit) sowie eine Rücknahme der verschärften Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose können dazu beitragen, Lohndumping zu begrenzen und eine Ausweitung des Niedriglohnssektors zu verhindern. Die Steuerpolitik muss vor allem die oberste Spitze der Einkommensverteilung zu einem stärkeren Beitrag zum Allgemeinwohl verpflichten. Insbesondere die massive Absenkung des Spitzensteuersatzes seit 1999 um zeitweise bis zu 11 Prozentpunkte sollte korrigiert werden. Eine Besteuerung des Vermögens erscheint scheinbar dringend nötig, um eine weitere Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu verhindern. Das Sozialsystem federt zwar Teile der Probleme ab, wie man aus der unterschiedlichen Verteilung von verfügbarem Einkommen und Markteinkommen sah, jedoch ist eine wachsende Anzahl von Menschen einem Armutsrisiko ausgesetzt. Dem ist mit einer Neuordnung insbesondere der familien- und kinderbezogenen Sozialleistungen zu begegnen.

Anhang

Methodische Probleme der SOEP-Daten:

Warum das unterste und oberste Dezil wenig aussagekräftig sind

Wie bei jeder repräsentativen Bevölkerungsstudie, so gibt es auch im SOEP einen Mittelschichtbias. Dieser ist stark auf eine Untererfassung von Einkommen an den Enden der Verteilung zurückzuführen. Dass monetäre Armut und Reichtum im SOEP unterrepräsentiert sind, hat mehrere Gründe, die sich teilweise für das obere und das untere Ende der Verteilung unterscheiden. Dabei muss unterschieden werden, ob die Untererfassung darauf beruht, dass entsprechende arme bzw. reiche Haushalte im SOEP generell kaum erfasst oder zumindest deutlich unterrepräsentiert sind oder ob diese Haushalte zwar erfasst, ihre Einkommens- und Vermögensangaben aber nicht hinreichend valide sind. Blickt man auf den ersten Erklärungsblock, so ist selbst in einem so fundierten Survey wie dem SOEP davon auszugehen, dass Haushalte am unteren und oberen Ende der Verteilung nicht repräsentativ erfasst sind. Dies liegt an der oberen und der unteren Spitze der Verteilung, also bei sehr starker Armut und sehr großem Reichtum, zum einen auch daran, dass es in diesen Segmenten in Deutschland insgesamt nur sehr wenig Haushalte gibt.

Das macht schon rein mathematisch betrachtet eine repräsentative Erfassung sehr schwierig. Ganz allgemein ist der Mittelschichtbias auch darin begründet, dass Mittelschichthaushalte im Vergleich zu Haushalten an den Enden der Einkommenshierarchie überdurchschnittlich oft bereit sind, am SOEP teilzunehmen. Generell versucht das SOEP seit 2002 die Untererfassung reicher Haushalte durch die sogenannte Hocheinkommensstichprobe zumindest etwas auszugleichen (Frick et al. 2007). Sie wurde eigens für die Verbesserung der Datenlage für Reichtumsanalysen konzipiert. Als Hocheinkommensbezieher werden dabei Personen ab einem Haushaltsnettoeinkommen von monatlich 3.835 Euro (bzw. 7.500 DM) bezeichnet. Zusätzlich wird ab einer Einkommenshöhe von 5.113 Euro (bzw. 10.000 DM) eine weitere Grenze gezogen. Mit dieser Stichprobe enthält das SOEP derzeit etwa 10.000 Haushalte mit rund 20.000 Personen aus der Gruppe der obersten 5% der Nettoeinkommensverteilung. Für den Bereich der Armut kommt mit Bezug auf deren Untererfassung sicher auch erschwerend hinzu, dass im SOEP, wie in allen vergleichbaren Studien, Personen, die wohnungslos sind oder die in Anstalten wohnen, grundsätzlich nicht erfasst werden – Personen, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind.

Der zweite Problemblock betrifft die ungenaue Erfassung der Einkommen und Vermögen der armen und reichen Haushalte, die am SOEP teilnehmen. Fragen nach dem Einkommen und Vermögen gelten in der Umfrageforschung generell als eine der sensibelsten Fragenkomplexe, bei denen es vergleichsweise häufig zu Antwortverweigerung kommt. Es kann auch sein, dass Befragte hier unkorrekte Angaben machen, sei es bewusst oder schlicht aus Unkenntnis heraus. Insofern betreffen solche

Messungenauigkeiten nicht nur die Enden der Verteilung sondern auch deren Mitte. Dennoch ist davon auszugehen, dass die exakte Erfassung von Einkommen und Vermögen im Bereich von Armut und Reichtum besonders problematisch ist. Speziell für großen Reichtum, also für die oberste Spitze der Verteilung, ist davon auszugehen, dass die exakte Höhe der Einkommen deutlich untererfasst wird. Dies hat zum einen damit zu tun, dass hier oftmals so viele verschiedene Einkommens- und Vermögensquellen vorliegen, dass der oder die Befragte nicht über alle korrekte Angaben machen kann. Ein geradezu paradigmatisches Beispiel hierfür ist ein Ausspruch, der Gloria von Thurn und Taxis nachgesagt wird: „Wer weiß, wie viel er hat, ist nicht wirklich reich.“ (Zit. nach Druyen 2009: 33).

Zudem kommt es vor, dass bei den Angaben einzelne Einkommenskomponenten, wie beispielsweise Weihnachtsgeld oder Zinseinnahmen, komplett vergessen werden. Hier ist mithin die Unkenntnis der Befragten ein entscheidender Grund für die Untererfassung der Einkommens- und Vermögensbeträge eines Haushalts. Da sich Haushalte mit hohem Einkommen oft aus mehreren Einkommensbeziehern zusammensetzen, steigt zudem die Wahrscheinlichkeit, dass eine Einkommenskomponente eines Haushaltsmitglieds nicht berücksichtigt wird. All dies trägt dazu bei, dass hohe und sehr hohe Einkommen tendenziell untererfasst werden. Hier kommt erschwerend hinzu, dass gerade die Einkommen von Selbstständigen, die generell unter Reichen überdurchschnittlich vertreten sind, noch schwieriger zu erfassen sind als die Einkommen von abhängig Beschäftigten (Spannagel 2013).

Gleichzeitig ist bei den Reichen auch anzunehmen, dass diese zum Teil Einkommens- und Vermögenswerte bewusst zu niedrig angeben, oder dass sie Einkommens- oder Vermögensquellen ganz verschweigen, da es ihnen unangenehm ist anzugeben, wie hoch ihr Einkommen und Vermögen tatsächlich sind. Mit umgekehrten Vorzeichen trifft dies auch für arme Haushalte zu. Hier werden Einkommensangaben von den Befragten unter Umständen aus Angst vor Stigmatisierung bewusst zu hoch angeben. Die exakte Erfassung von Armut und Reichtum im SOEP wird zudem dadurch erschwert, dass bestimmte Einkommens- oder Vermögensarten hier, wie auch in vergleichbaren Surveys, nicht erfasst werden. Dies gilt insbesondere für materielle Zuwendungen mit geldwertem Vorteil, sogenannte „unsichtbare Einkommen“ (Geißler 2006): Für Reichtum ist dabei z.B. an Dienstwagen oder kostenlose Mittagessen in der Kantine zu denken, bei Armut geht es hier beispielsweise um Sozialtickets, die eine kostenlose Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs oder einen kostenlosen Eintritt in Museen oder Schwimmbäder ermöglichen. Für die exakte Erfassung von Vermögenswerten gerade bei Reichen ist zudem zu beachten, dass hier zahlreiche unterschiedliche Vermögensquellen zu berücksichtigen sind – von selbst genutztem Wohnraum, der sich über imputierte Mieten noch recht gut erfassen lässt, bis hin zu Vermögenswerten von Gebrauchs- und Haushaltsgegenständen, wie beispielsweise teuren Autos. Diese sind natürlich keine direkte Einkommensquelle, sie sind aber

dennoch eine Grundlage für die Sicherheit, die aus einer sehr gehobenen materiellen Situation resultiert.

Verbesserungsvorschläge für die Reichtumsforschung

Wie ließe sich nun die valide und repräsentative Erfassung speziell von Reichtum verbessern? An aller ersten Stelle ist hier zu nennen, dass dazu eine regelmäßige, jährliche Erfassung von Vermögenswerten im SOEP notwendig ist. Nur so ist eine angemessene empirische Reichtumsforschung möglich, die sich nicht auf die Berücksichtigung von Einkommen beschränken darf. Gleichzeitig wäre zudem eine umfassendere Erfassung von Vermögenswerten wünschenswert, da beispielsweise Gebrauchsvermögen im SOEP bislang kaum erfasst wird. Allerdings ist hier die exakte Höhe der Vermögenswerte nur schwer zu ermitteln. Dies liegt zum einen daran, dass die Befragten oft nicht wissen, was z.B. ihr teurer Schmuck genau wert ist. Zum anderen ist konzeptionell unklar, wie die Werte von Gebrauchsvermögen zu messen ist: Mögliche Bestimmungsgrundlagen sind hier der Herstellungs- oder der Anschaffungswert abzüglich der Abschreibungen, das Ertragswertprinzip sowie der Markt- oder der Wiederbeschaffungswert. Auch eine Berücksichtigung von unsichtbaren Einkommen wäre zu begrüßen.

Bei diesem ganzen Komplex ist allerdings zu berücksichtigen, dass dies alles nicht unproblematisch ist. Wie die erste Zusatzerhebung von Vermögen im SOEP 1988 gezeigt hat, kann eine auch nur vage Erfassung von Vermögen, wie damals in Form von Vermögensklassen, zu einer deutlichen Panelattrition führen. Bislang ist eine vollständige Darstellung der Vermögensverteilung in Deutschland aufgrund fehlender Daten nicht möglich. Es liegen derzeit beispielsweise noch kaum Daten über Produktivvermögen, Rentenanwartschaften oder Alterssicherungsvermögen vor. Während erstere vor allem bei Reichtum eine Rolle spielen, führt die Mitberücksichtigung von Rentenanwartschaften bzw. Alterssicherungsvermögen generell eher zu einer gleicheren Vermögensverteilung (Frick/Grabka/Hauser 2010, Hauser 2006 und Hauser et al. 2007). Es ist zu hoffen, dass sich hier durch die Einführung des „Panels on Household Finance“, das im Rahmen des europäischen Bankensystems von der Bundesbank durchgeführt wird – mit dem Ziel unterschiedlichste Vermögensarten detailliert zu erfassen – die Datenlage in Zukunft verbessert (BMAS 2013: 28).

Neben der Frage, wie Reichtum im SOEP exakter erfasst werden kann, gilt es auch zu überlegen, ob nicht alternative Umfrageformen geeigneter sein könnten, um sich das Feld des Reichtums angemessen für die Forschung zu erschließen. In diesem Bereich hat die Studie „Vermögen in Deutschland“ Pionierarbeit geleistet. Zielgruppe dieser Studie (Druyen/Lauterbach/Grundmann 2009, Lauterbach/Druyen/Grundmann 2011) sind Haushalte mit einem frei verfügbaren Finanzvermögen von mindestens 250.000 Euro. Diese wurden über ein Schneeballverfahren ermittelt und dann mit einem

mixed methods Ansatz, d.h. mit Fragebögen und Interviews, befragt. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, die oberste Spitze deutlich exakter zu erfassen als dies bei Umfragen wie dem SOEP möglich ist, die ja gerade auf die repräsentative Erfassung der Breite der Bevölkerung ausgelegt sind.

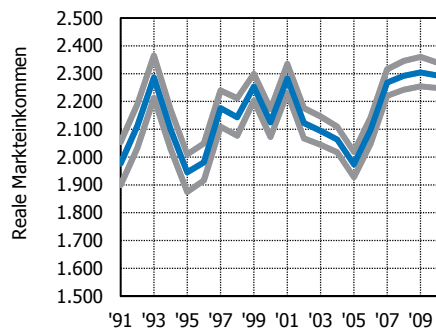
Abbildungen zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland

Entwicklung der durchschnittlichen realen Markteinkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005	61
Entwicklung der durchschnittlichen realen Vermögenseinkommen von Haushalten mit Arbeitseinkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005	62
Entwicklung der durchschnittlichen realen Lohneinkommen von Haushalten mit Arbeitseinkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005	63
Entwicklung der durchschnittlichen realen verfügbaren Einkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005	64
Entwicklung der durchschnittlichen realen staatlichen Transfers in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005	65
Entwicklung des Anteils von atypischer Beschäftigung in Q1-Q4	66

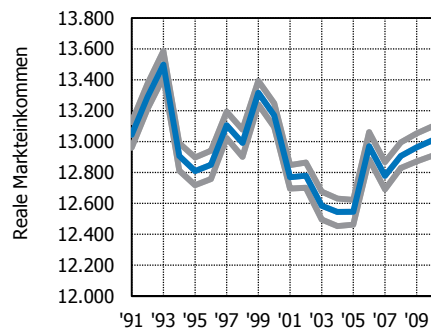
**Entwicklung der durchschnittlichen realen Markteinkommen in Q1-Q4,
Jahreseinkommen in Preisen von 2005**

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau

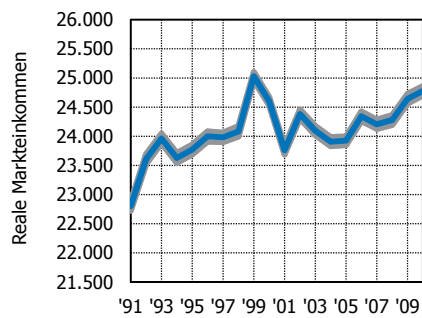
Q1



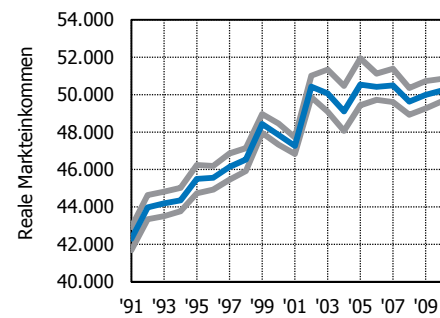
Q2



Q3



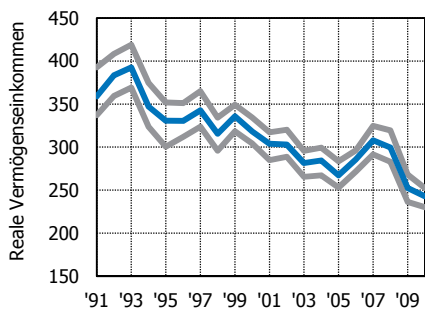
Q4



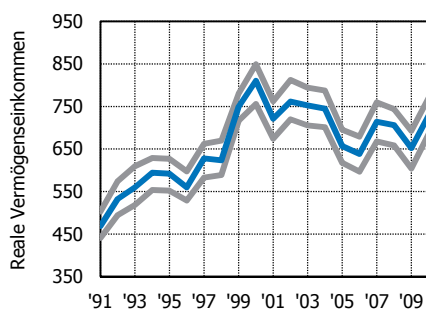
Entwicklung der durchschnittlichen realen Vermögenseinkommen von Haushalten mit Arbeitseinkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau

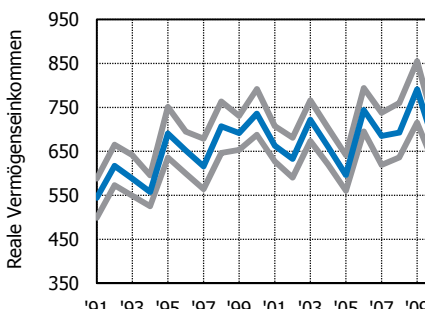
Q1



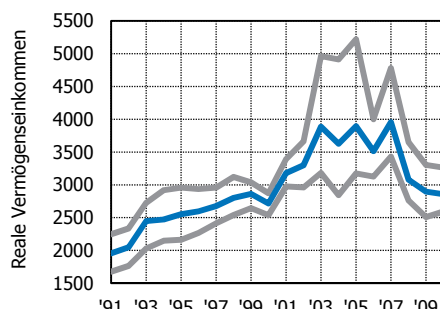
Q2



Q3



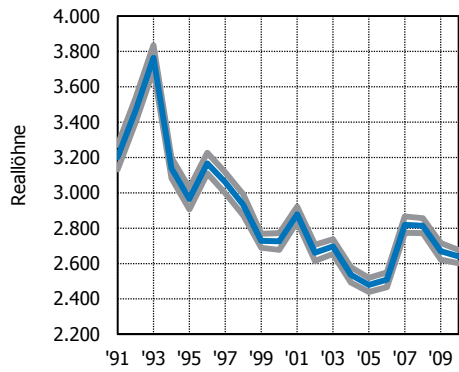
Q4



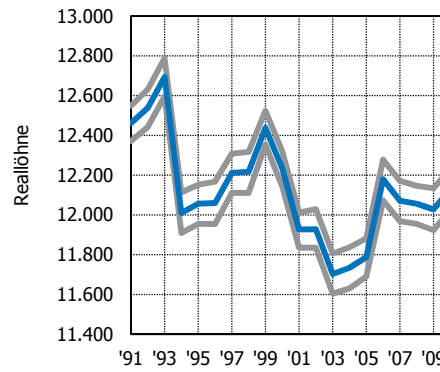
Entwicklung der durchschnittlichen realen Lohnneinkommen von Haushalten mit Arbeitseinkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau

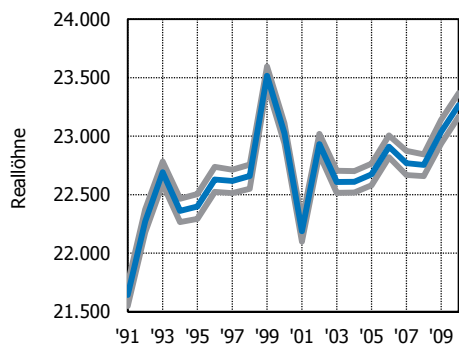
Q1



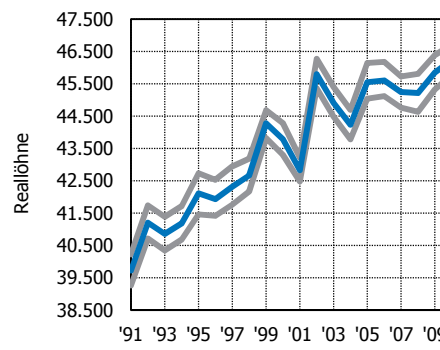
Q2



Q3



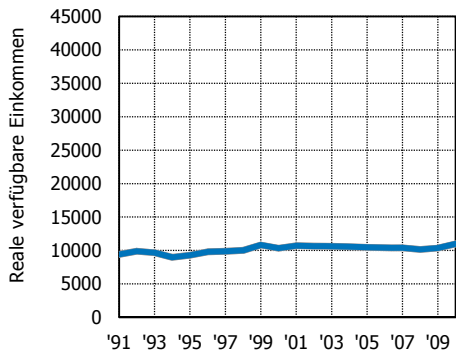
Q4



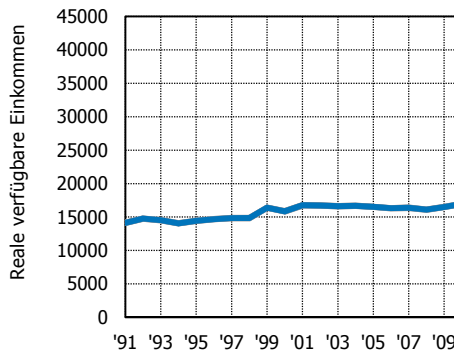
Entwicklung der durchschnittlichen realen verfügbaren Einkommen in Q1-Q4, Jahreseinkommen in Preisen von 2005

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau

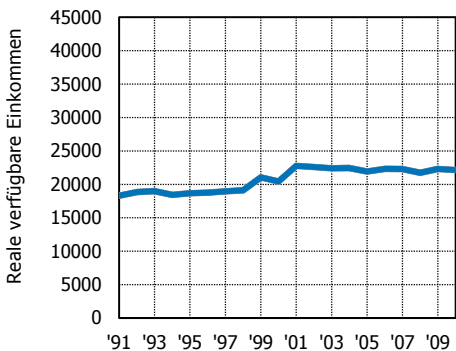
Q1



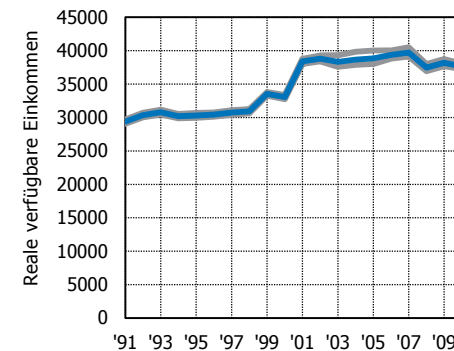
Q2



Q3



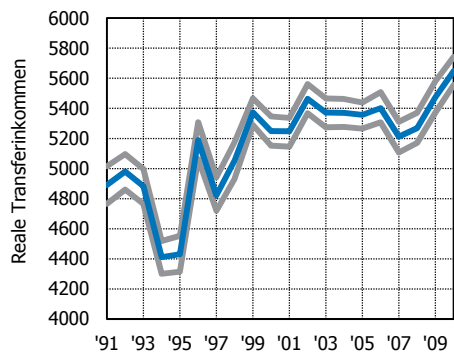
Q4



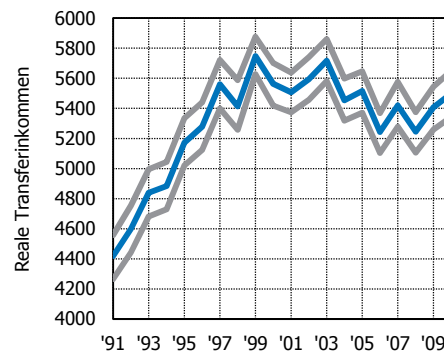
**Entwicklung der durchschnittlichen realen staatlichen Transfers in Q1-Q4,
Jahreseinkommen in Preisen von 2005**

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau

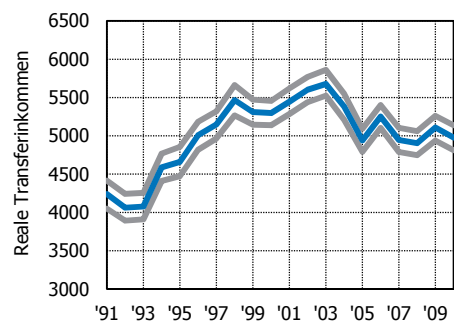
Q1



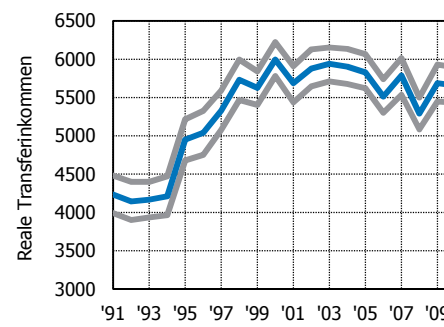
Q2



Q3



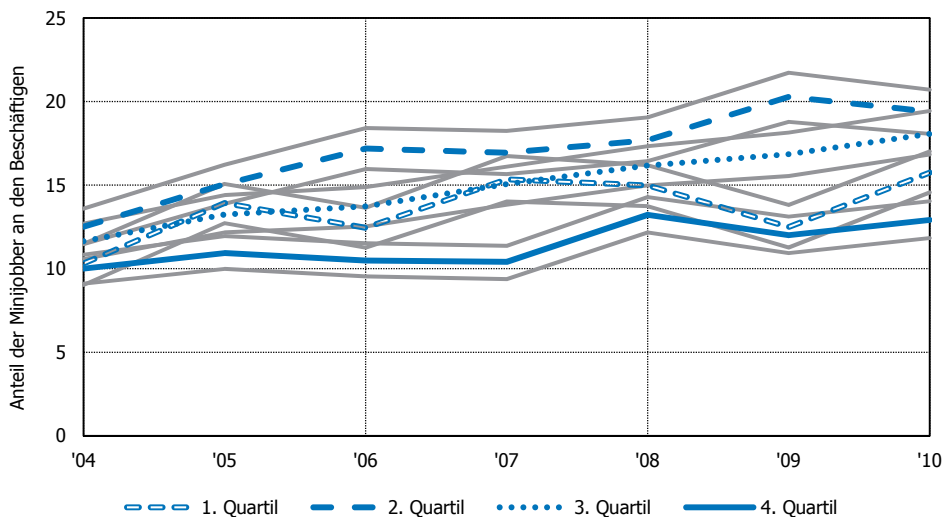
Q4



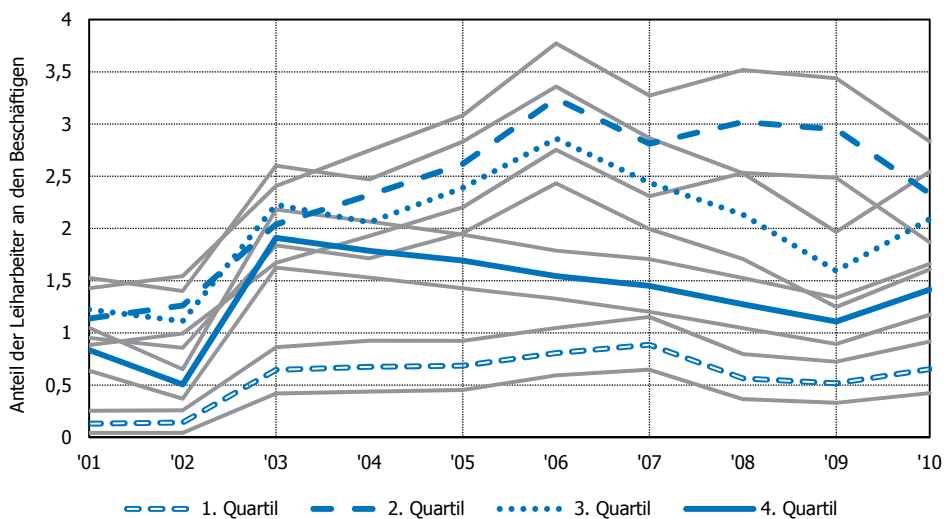
Entwicklung des Anteils von atypischer Beschäftigung in Q1-Q4

grau: Konfidenzbänder auf dem 5%-Irrtumsniveau

Minijobs



Leiharbeit



Literatur

- Agartz, V. (1953): Expansive Lohnpolitik, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln 6 (12), S. 245-247
- Altzinger, W. (2009): Die Entwicklung der Spitzeneinkommen in Österreich, Berlin, http://www.wiwiss.fu-berlin.de/forschung/veranstaltungen/rse/papers_winter_09_10/paper_altzinger.pdf
- Alvaredo, F./Atkinson, A./Piketty, T./Saez, E. (2013): The Top 1 Percent in International and Historical Perspective, in: Journal of Economic Perspectives 27 (3), S. 3-20
- Andreasch, M./Fessler, P./Mooslechner, M./Schürz, M. (2013): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich, in: BMASK (Hrsg.): Sozialbericht 2011-2012, Wien, S. 248-266, http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/abschnitt_13.pdf
- Atkinson A. (1970): On the Measurement of Inequality, in: Journal of Economic Theory 2 (3), S. 244-263
- Atkinson, A./Piketty, T. (Hrsg.) (2007): Top Incomes Over the Twentieth Century: A Contrast Between European and English-Speaking Countries, Oxford
- Atkinson, A./Piketty, T./Saez, E. (2011): Top Incomes in the Long Run of History, in: Journal of Economic Literature 49 (1), S. 3-71
- BA (2013): Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen, Nürnberg, Juli 2013
- Bach, S./Steiner, V. (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche, DIW Wochenbericht Nr. 13/2007
- Bispinck, R. (2012): Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen – vom Niedergang zur Reform?, in: WSI-Mitteilungen 65 (7), S. 496-507
- Brenke, K./Müller, K.-U. (2013): Gesetzlicher Mindestlohn – kein verteilungspolitisches Allheilmittel, in: DIW Wochenbericht 80 (39), S. 3-17
- Brenke, K./Grabka, M. (2011): Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt, DIW Wochenbericht Nr. 45/2011.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- Burkhardt, C./Grabka, M. et al. (2013): Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh
- de Maio, F. (2007): Income Inequality Measures, in: Journal of Epidemiology and Community Health 61 (10), S. 849–852, <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2652960/>
- Donovan, P. (2013): Inequality in a Time of Crisis, in: UBS Global Economic Perspectives, 9 October 2013, <http://daskapital.nl/images/fotos/ubsinequality.pdf>
- Druyen, T. (2009): Entstehung und Verbreitung von Vermögenskultur und Vermögensethik, in: Druyen, T./Lauterbach, W./Grundmann, M. (Hrsg.): Reichtum und Vermögen, Wiesbaden, S. 29-41
- Druyen, T./Lauterbach, W./Grundmann, M. (Hrsg.) (2009): Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung, Wiesbaden
- Ellguth, P./Kohaut, S. (2013): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2012, in: WSI-Mitteilungen 66 (4), S. 281-288

Euromonitor (2012): World Consumer Income and Expenditure Patterns 2012, http://www.euromonitor.com/medialibrary/PDF/Book_WCIEP.pdf

European Commission (2007): The Labour Income Share in the European Union, in: Employment in Europe 2007, Brüssel, S. 237-272

Fessler, P./Mooslechner, P./Schürz, M. (2010): Zur Konzeption des Vermögens in der Erhebung des Eurosystems zu Finanzen und Konsum der privaten Haushalte, in: Statistiken Q3/10, S. 40-55, http://www.oenb.at/de/img/stat_2010_q3_analyse_fessler_mooslechner_schuerz_tcm14-199109.pdf

Fessler, P./Mooslechner, P./Schürz, M. (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Erste Ergebnisse für Österreich, in: Geldpolitik und Wirtschaft 3, S. 26-67

Fessler, P./Frizer Friedrich (2013), The Distribution of Inflation of Austrian Households, in Monetary Policy and the Economy, Q3/2013

Frick, J.R. u.a. (2007): Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hochkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP. DIW Data Documentation 19, Berlin

Frick, J.R./Grabka, M.M./Hauser, R. (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte. Forschungen aus der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 118, Berlin

Geißler, R. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden

Gerhardt, A./Habenicht, K./Munz, E. (2009): Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. Statistische Analysen und Studien, Band 58, Düsseldorf, http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2009/band_58/z0892_00954.pdf

Grabka, M./Goebel, J./Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? DIW Wochenbericht Nr. 43/2012.

Hauser, R. (2006): Integrierte Analyse von Einkommen und Vermögen – Forschungsstand und Ausblick, in: ISG (Hrsg.): Perspektiven der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland, Berlin

Hauser, R. u.a. (2007): Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn

Herzog-Stein, A./Lindner, F./Sturn, S. (2013): Explaining the German Employment Miracle in the Great Recession – The Crucial Role of Temporary Working Time Reductions. IMK Working Paper, Nr. 114, Düsseldorf

ILO (2013): International Labour Organisation, Stockhammer, E.: Why Have Wage Shares Fallen? A Panel Analysis of the Determinants of Functional Income Distribution. Conditions of Work and Employment Series No. 35, ILO, Geneva

IMF (2007): Globalization and Inequality, in: World Economic Outlook, Washington, D.C., S. 135-170

Kalina, T./Weinkopf, C. (2012): Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. IAQ-Report Nr. 1/2012, Essen

Kalina, T./Weinkopf, C. (2013): Niedriglohnbeschäftigung 2011: Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn, IAQ-Report Nr. 1/2013, Essen

- Kumpmann, I./Gühne, M./Buscher, H. (2012): Armut im Alter – Ursachenanalyse und eine Projektion für das Jahr 2023, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 232 (1), S. 61-83
- Lauterbach, W./Druyen, T./Grundmann, M. (Hrsg.) (2011): Vermögen in Deutschland. Heterogenität und Verantwortung, Wiesbaden
- Lohmann, H./Andreß, H. (2011): Autonomie oder Armut? Zur Sicherung gleicher Chancen materieller Wohlfahrt durch Erwerbsarbeit, in: WSI-Mitteilungen, 64 (4), S. 178-187
- Magazin Mitbestimmung (2013): Dieser Pizzabäcker zahlte 1,59 Euro, in: Magazin Mitbestimmung (10), S. 6
- OECD (2007): OECD Workers in the Global Economy: Increasingly Vulnerable?, in: OECD Employment Outlook 2007, Paris, S. 105-155, <http://www.oecd.org/els/emp/40776761.pdf>
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD countries, Paris
- OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising, Paris
- Peichl, A./Pestel, N./Schneider, H. (2012): Does Size Matter? The Impact of Changes in Household Structure on Income Distribution in Germany, in: Review of Income and Wealth 58 (1), S. 118-141
- Schäfer, C. (1991): Zunehmende Schief lagen in der Einkommensverteilung: zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1990, in: WSI-Mitteilungen 44 (10), S. 593-613
- Schäfer, C. (2004): Die Lohnquote: ein ambivalenter Indikator für soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz, in: Sozialer Fortschritt, 53 (2), S. 45-52
- Schulten, Th. (2012): Stellenwert der Allgemeinverbindlicherklärung für die Tarifvertragssysteme in Europa, in: WSI-Mitteilungen (65 (7), S. 485-495
- Schwarz, N. (2008): Einkommensentwicklung in Deutschland, Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/VGR/EinkommensentwicklungVGR.pdf?__blob=publicationFile
- Schwarze, J. (1995): Simulating German income and social security tax payments using SOEP, Cross-National Studies in Aging Program Project Paper No. 19, Syracuse
- Seils, E. (2012): Beschäftigungswunder und Armut. Deutschland im internationalen Vergleich, in: BAG-SB Informationen. Fachzeitschrift für Schuldnerberatung 27 (4), S. 232-237
- Seils, E. (2013): Ganze Breite des Arbeitsmarktes, in: Wirtschaftsdienst 93 (5), S. 280
- Spannagel, D. (2013): Reichtum in Deutschland. Empirische Studien, Wiesbaden
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012): Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, Wohn- und Kostensituation, Juni 2012, Nürnberg
- Statistisches Bundesamt (2013): Verdienste und Arbeitskosten. Fachserie 16, Reihe 2.3, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteJ2160230127004.pdf?__blob=publicationFile
- Statistisches Bundesamt (2012): Qualität der Arbeit. Geld verdienen und was sonst noch zählt, Wiesbaden
- Stauder, J./Hüning, W. (2004): Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus, Düsseldorf, http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2004/band_13/stauder_huening_13_2004.pdf

Strengmann-Kuhn, W. (2001): Arm trotz Erwerbstätigkeit in Deutschland – Folge der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses?, in: Barlösius, E./Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft, Opladen, S. 131-150

Unger, B. (2013): Steuerhinterziehung – ein Loch in der Zivilisation, in: Gegenblende, Ausgabe 19, Januar/Februar 2013

Unger, B./van Waarden F. (Hrsg.) (1995): Convergence or Diversity, Internationalization and Economic Policy Response, Avebury, UK

WSI-Mitteilungen (1980): Lohnpolitik und Verteilung. Schwerpunktheft WSI-Mitteilungen 33 (2)